

Ademmer, Martin et al.

Article

Deutsche Konjunktur im Sommer 2017 - Deutsche Wirtschaft mit überhöhter Drehzahl

Kieler Konjunkturberichte, No. 32

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Ademmer, Martin et al. (2017) : Deutsche Konjunktur im Sommer 2017 - Deutsche Wirtschaft mit überhöhter Drehzahl, Kieler Konjunkturberichte, No. 32, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/209444>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Konjunktur im Sommer 2017

Abgeschlossen am 14. Juni 2017



Nr. 32 (2017 | Q2)

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe,
Salomon Fiedler, Dominik Groll,
Nils Jannsen, Stefan Kooths und
Galina Potjagailo*

DEUTSCHE WIRTSCHAFT MIT ÜBERHÖHTER DREHZAHL

Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths und Galina Potjagailo

Die deutsche Konjunktur läuft auf hohen Touren. Wir gehen wie in unserer Frühjahrsprognose davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,7 Prozent und im Jahr 2018 um 2 Prozent steigen wird. Damit würde die gesamtwirtschaftliche Produktion im gesamten Prognosezeitraum mit höherem Tempo zulegen als das Produktionspotenzial, das das nachhaltig erzielbare Wirtschaftswachstum widerspiegelt. Bei bereits merklich über normal ausgelasteten Kapazitäten steht Deutschland damit an der Schwelle zur Hochkonjunktur. Vor diesem Hintergrund nehmen auch die Abwärtsrisiken für die Wirtschaft mehr und mehr zu. Insgesamt expandiert die deutsche Wirtschaft auf breiter Front. So ziehen die Exporte mit der Belebung der Weltkonjunktur wieder beschleunigt an. Die Bautätigkeit wird vor allem durch die anhaltend sehr günstigen Finanzierungsbedingungen kräftig angeschoben. Schließlich weiten auch die Unternehmen aufgrund der günstigen Geschäftsaussichten ihre Investitionen wieder rascher aus. Lediglich der Anstieg des privaten Konsums fällt voraussichtlich geringer aus als in den Vorjahren, vor allem weil die höhere Inflation die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte belastet. Gestützt wird der private Konsum jedoch weiter durch die gute Lage am Arbeitsmarkt. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, wenngleich das Tempo etwas nachlassen dürfte. Mit den zunehmenden Anspannungen am Arbeitsmarkt nehmen auch die Löhne dynamischer zu. Der gesamtsstaatliche Budgetüberschuss wird den Rekordwert vom Vorjahr im laufenden Jahr wohl leicht übertreffen und im Jahr 2018 ähnlich hoch bleiben. Der hohe Überschuss ist freilich vor allem der konjunkturellen Dynamik sowie den niedrigen Zinsen geschuldet und somit ein temporäres Phänomen. Für eine vorausschauende Finanzpolitik sind die Spielräume für Maßnahmen, die mit dauerhaften Ausgabensteigerungen oder Einnahmesenkungen einhergehen, daher eng begrenzt.

Kasten 1:

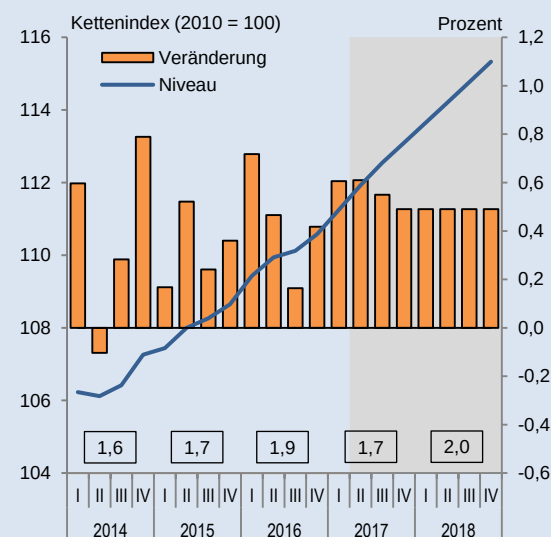
Zum Zusammenhang zwischen Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Arbeitstagen und Terms of Trade (S. 11)

Kasten 2:

Zum starken Anstieg der Gewinnsteuereinnahmen im Jahr 2016 (S. 12)

Die deutsche Wirtschaft driftet mehr und mehr in die Überauslastung. Ausgehend von bereits angespannten Kapazitäten zog die Wirtschaftsleistung zum Jahresauftakt mit 0,6 Prozent deutlich an (Abbildung 1). In annualisierter Betrachtung überstieg das Expansionstempo im ersten Quartal die Wachstumsrate der Produktionsmöglichkeiten um einen ganzen Prozentpunkt. Umfragebasierte Daten unterstützen die Einschätzung sich zunehmend anspannender Kapazitäten. So liegt die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe mittlerweile 2 ½ Prozentpunkte über dem langfristigen Durchschnitt, die Bauwirtschaft operiert am oberen Limit der Kapazitäten und auch die Dienstleistungsbereiche melden eine leicht überdurch-

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2014–2018



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw.

Tabelle 1:
Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2015–2018

	2015	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,7	1,9	1,7	2,0
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	2,0	1,4	1,1	1,8
Verbraucherpreise	0,2	0,5	1,7	1,7
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,8	0,9	1,1	1,2
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	43 057	43 594	44 215	44 665
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,4	6,1	5,7	5,4
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	0,7	0,8	1,0	1,1
Schuldenstand	71,2	68,3	65,5	61,9
Leistungsbilanz	8,5	8,5	7,9	7,8

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw.

schnittliche Auslastung. Das ifo-Geschäftsklima erreichte zuletzt – getrieben von der außergewöhnlich guten Lageeinschätzung – ein Allzeithoch seit der Wiedervereinigung. Auch die Geschäftserwartungen sind seit einem Jahr im Trend aufwärtsgerichtet und markierten in der Mai-Befragung den höchsten Wert seit drei Jahren. Trotz des jüngsten Dämpfers bei den Auftragseingängen zeigt ihr Trend weiter nach oben. Der Preisauftrieb auf der Erzeugerstufe hat sich fortgesetzt, die Erzeugerpreise (ohne Energie) zogen zuletzt mit 3 Prozent so kräftig an wie seit über fünf Jahren nicht mehr. Insgesamt deuten die Frühindikatoren darauf hin, dass das hohe Expansionstempo im zweiten Quartal gehalten wird. Wir halten an unserer Prognose aus dem Frühjahr fest und erwarten für das laufende Jahr unverändert einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,7 Prozent (arbeitstäglich bereinigt: 2 Prozent). Im nächsten Jahr dürfte die konjunkturelle Dynamik ähnlich hoch ausfallen und die Wirtschaftsleistung um weitere 2 Prozent zulegen. Die gesamtwirtschaftliche Überauslastung steigt im Laufe des Prognosezeitraums auf rund 2 Prozent des Produktionspotenzials und ist dann – nach einer sechsjährigen Aufschwungsphase – so groß wie zuletzt im Boomjahr 2007.

Die Expansionskräfte verlagern sich zu den investiven Komponenten. Auch wenn die zyklischen Ausschläge aufgrund des gestreckten Aufschwungs im Vergleich zu früheren Hochkonjekturen weniger deutlich ausgeprägt sind, so zeichnen sich die konjunkturellen

Grundmuster im Verwendungsbild der Wirtschaftsleistung dennoch mehr und mehr ab. Demzufolge gewinnen die Anlageinvestitionen an Bedeutung, die arbeitstäglich bereinigt voraussichtlich mit 3 Prozent (2017) und 4 Prozent (2018) zulegen werden (nach 2 Prozent im Jahr 2016). Demgegenüber dürften die Konsumausgaben, die im vergangenen Jahr noch den Anstieg der heimischen Absorption dominierten, nunmehr mit Raten von 1,3 Prozent (2017) und 1,7 Prozent (2018) etwas gemäßiger expandieren als noch im Jahr 2016, in dem Sonderfaktoren für ein kräftiges Plus von 2,6 Prozent sorgten (energiepreisbedingte Kaufkraftgewinne, Ausgaben für Flüchtlingsversorgung). Auch innerhalb der investiven Komponenten verbreitert sich das Bild. Zum Wohnungsbau, der weiterhin kräftig zulegen dürfte, tritt nun eine stärkere Dynamik bei den Unternehmensinvestitionen, die auch die Ausrüstungen erfasst. Anregungen kommen hierbei von der zunehmenden Kapazitätsanspannung und einem weiterhin aufwärts gerichteten Auslandsgeschäft.

Das günstige Finanzierungsumfeld in Deutschland bleibt bestehen. Gemäß Bank Lending Survey vom April ließen die Banken in Deutschland ihre Vergaberichtlinien für Unternehmenskredite zuletzt weitgehend unverändert und gestalteten die Kreditbedingungen¹

¹ Unter Vergaberichtlinien werden hier die internen Vorgaben einer Bank verstanden, die vor den Verhandlungen über einen konkreten Kredit festlegen, welche Art von Krediten die Bank prinzipiell für wünschenswert erachtet (sektorale oder regionale Pri-

sogar noch günstiger. Für die privaten Haushalte kam es bei ansonsten gleichbleibenden Kreditbedingungen zu einer Lockerung der Vergaberichtlinien bei Wohnkrediten. Die Zinsen sind weiterhin sehr niedrig. Im April fielen für größere Unternehmensdarlehen Zinsen von 1,4 Prozent und für kleinere von 2,5 Prozent an, während Wohnungsbaukredite mit 1,7 Prozent verzinst wurden. Damit lagen die nominalen Darlehenszinsen trotz gestiegener Inflationsraten noch einmal leicht unter ihren Vorjahreswerten. Auch die Renditen von Unternehmensanleihen sanken zuletzt etwas: Anleihen mit über dreijähriger Restlaufzeit wurden im Mai mit 1,7 Prozent verzinst. Bei den Bundesanleihen ähnlicher Laufzeit, deren Renditen mit derzeit 0,2 Prozent bereits sehr nahe an der Nullgrenze liegen, kam es dagegen nur zu minimalen Veränderungen. Dadurch verringerte sich der Zinsabstand zwischen Unternehmens- und Staatsanleihen. Während dieser vor einem Jahr bei 2 Prozent gelegen hatte, betrug er zuletzt nur noch 1,5 Prozent. Im Prognosezeitraum dürften die Zinsen leicht steigen. Für Bundesanleihen neun- bis zehnjähriger Restlaufzeit, die zurzeit etwa 0,3 Prozent abwerfen, rechnen wir Ende 2018 mit einer Rendite von 0,6 Prozent.

Die Kreditexpansion setzt sich ebenso fort wie der Trend zur Unternehmensfinanzierung über die Kapitalmärkte. Im April stieg das Kreditvolumen des nichtfinanziellen Sektors im Vorjahresvergleich um 2,9 Prozent. Weiterhin weisen die Wohnungsbaukredite mit 3,9 Prozent das höchste Expansionstempo auf. Aber auch die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen stiegen um 2,8 Prozent. Die Konsumenten- und sonstigen Kredite stiegen mit 0,7 Prozent weniger schnell. Insgesamt dürfte der Kreditimpuls damit weiterhin leicht positiv sein. Die Unternehmensfinanzierung stützte sich in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maße auf die Kapitalmärkte. Zwar dominiert die

Finanzierung über Bankkredite weiterhin, jedoch ist die Summe der Unternehmensanleihen inzwischen auf etwa 20 Prozent der Kreditsumme angeschwollen. Die Summe der ausstehenden Unternehmensanleihen expandierte mit 11,6 Prozent im April erneut deutlich stärker als die der Unternehmenskredite. Die ausstehende Geldmenge stieg insgesamt in robustem Tempo an. Das Geldmengenaggregat M1 schwoll im April um 7,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat an, während das weiter gefasste M3 um 5,1 Prozent expandierte. Damit blieben die Expansionsraten der Aggregate zuletzt trotzdem hinter den noch höheren Raten im Vorjahreszeitraum zurück, weshalb der monetäre Impuls im zweiten Quartal negativ sein dürfte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hält ihren Kurs der außergewöhnlichen geldpolitischen Lockerung. Nach der Sitzung des EZB-Rates am 8. Juni verkündete die Zentralbank wie erwartet, vorerst keine Veränderungen bei den geldpolitischen Instrumenten vorzunehmen. Damit bleiben die historisch niedrigen Zinsen bestehen – der Einlagesatz beträgt weiterhin -0,4 Prozent, während Haupt- und Spitzenrefinanzierungssatz bei 0 bzw. 0,25 Prozent verharren. Des Weiteren sollen die Anleihekäufe in Höhe von monatlich 60 Mrd. Euro wie geplant mindestens bis Dezember dieses Jahres durchgeführt werden. In ihrer Prognose für den Euroraum geht die EZB nunmehr von einer etwas schwächeren Inflationsdynamik aus als zuletzt. Wohl auch deshalb bekräftigte Präsident Mario Draghi noch einmal die Bereitschaft der EZB, das Anleihekaufprogramm erneut auszuweiten, wenn sich der Inflationsausblick weiter eintrüben sollte. Allerdings kommunizierte er auch, dass er die Gefahr einer Deflation für gebannt betrachtet und zumindest weitere Zinssenkungen nicht mehr zur Debatte stehen.

Die Ausfuhren bleiben auf Expansionskurs. Zu Jahresbeginn legten sie, nach einer deutlichen Zunahme Ende des vergangenen Jahres, erneut merklich zu. Die Ausweitung der nominalen Warenausfuhren war regional breit angelegt. Besonders stark nahmen die Lieferungen in die Vereinigten Staaten und nach Russland zu; lediglich die Ausfuhren in die ölexportierenden Länder waren rückläufig. Für das

oritäten, Einkommens- oder Bilanzsituation, Alter oder Beschäftigungsstatus des Nachfragers etc.). Sie legen generelle Voraussetzungen fest, die ein Kreditnehmer erfüllen soll, damit die Bank eine Kreditvergabe an ihn in Erwägung zieht. Demgegenüber beschreiben die Kreditbedingungen die Konditionen (Zinsen, Kreditsumme, Laufzeit, zu stellende Sicherheiten, etc.), zu denen die Bank bereit ist, einen Kredit zu gewähren.

laufende Quartal zeichnet sich erneut eine kräftige Zunahme bei den Ausfuhren ab. So sind die nominalen Warenausfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels im April im Vergleich zum Durchschnitt des Vorquartals merklich gestiegen. Außerdem befinden sich die Exporterwartungen der deutschen Unternehmen seit Jahresbeginn auf einem hohen Niveau und stiegen zuletzt nochmals. Die Unternehmen in den deutschen Abnehmerländern sind ebenfalls weiterhin optimistisch hinsichtlich ihrer Produktionserwartungen. Schließlich nahmen die Auftragseingänge der Industrie aus dem Ausland ohne Großaufträge im März spürbar zu und konnten ihr Niveau im April weitestgehend halten. Im weiteren Verlauf dürften die Ausfuhren weiterhin in robustem Tempo expandieren. Dabei werden sie wohl von der regional breit angelegten Belebung der Weltkonjunktur gestützt werden. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dürfte sich trotz der jüngsten Aufwertung des effektiven Wechselkurses im Durchschnitt des laufenden Jahres leicht verbessern und im kommenden Jahr in etwa unverändert bleiben. Alles in allem werden die Ausfuhren wohl um 4,0 Prozent im laufenden und 4,8 Prozent im kommenden Jahr zunehmen.

Die Einfuhren nehmen nach einem verhaltenen Jahresauftakt wieder Fahrt auf. Die Importe nahmen zu Beginn des Jahres nur geringfügig zu – allerdings nach einem deutlichen Anstieg Ende des vergangenen Jahres. Im laufenden Quartal dürften die Importe wieder kräftig anziehen. Darauf deutet der Anstieg der Wareneinfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels im April hin, der preisbereinigt besonders stark ausfiel. Auch im weiteren Verlauf werden die Einfuhren gestützt durch die anziehenden Ausrüstungsinvestitionen und die recht kräftigen Exporte spürbar zulegen. Insgesamt rechnen wir damit, dass sie im laufenden Jahr um 4,6 Prozent und im kommenden Jahr um 5,6 Prozent zunehmen werden. Damit wird rein rechnerisch der Beitrag des Außenhandels zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr leicht positiv sein und im kommenden Jahr nahe Null liegen.

Die Terms of Trade verbessern sich wieder. Nach Verschlechterungen der Terms of Trade in der zweiten Jahreshälfte 2016 und insbesondere zu Beginn des laufenden Jahres kommt es

im laufenden Quartal wohl zu einer Verbesserung. Maßgeblich ist, dass die Importpreise mit dem gefallenem Ölpreis und dem zuletzt stärkeren Euro etwas rückläufig sein dürften, während die Exportpreise wohl geringfügig zulegen werden. Auch im weiteren Verlauf werden sich die Terms of Trade voraussichtlich leicht verbessern, da die Exportpreise mit etwas höheren Raten expandieren als die Importpreise. Alles in allem ergibt sich für das Jahr 2017 nichtsdestotrotz eine deutliche Verschlechterung der Terms of Trade von 1,4 Prozent; für das kommende Jahr rechnen wir mit einer Verbesserung von 0,5 Prozent.

Die binnenwirtschaftliche Dynamik bleibt hoch. Die heimische Absorption stieg zwar im ersten Quartal lediglich um 0,2 Prozent. Allerdings ging die geringe Zuwachsrate vor allem auf die geänderten Vorratsdispositionen der Unternehmen zurück. Rechnet man den Einfluss der schwankungsanfalligen Vorratsveränderungen heraus, so legte die inländische Verwendung mit 0,6 Prozent so stark zu wie seit einem Jahr nicht mehr. Besonders spürbar beschleunigte sich der Anstieg bei den Bauinvestitionen. Auch die Ausrüstungsinvestitionen expandierten kräftig, nachdem sie drei Quartale in Folge rückläufig gewesen waren. Der private Konsum stieg in etwas höherem Tempo im Vergleich zum Vorquartal, insgesamt blieb die Zuwachsrate aber verhalten – nicht zuletzt, weil der jüngste Anstieg der Ölpreise die real verfügbaren Einkommen belastete. Im Prognosezeitraum dürfte die inländische Verwendung weiter kräftig ausgeweitet werden. So wird der private Konsum mit den spürbar steigenden real verfügbaren Einkommen im Vergleich zu den Vorquartalen wohl etwas rascher expandieren. Die Bauinvestitionen werden aufgrund der allgemein äußerst anregenden Rahmenbedingungen mit hohen Raten steigen, auch wenn sie die hohe Zuwachsrate vom ersten Quartal nicht ganz halten werden. Schließlich werden wohl auch die Unternehmensinvestitionen aufgrund der bereits recht hohen Kapazitätsauslastung und der günstigen Geschäftsaussichten beschleunigt expandieren, zumal die dämpfenden Effekte seitens der erhöhten politischen Unsicherheit wohl allmählich auslaufen. Alles in allem rechnen wir damit, dass die inländische Verwendung im laufenden Jahr um

1,7 Prozent und im kommenden Jahr um 2,2 Prozent zulegen wird.

Die verfügbaren Einkommen werden weiter kräftig expandieren. Maßgeblich ist die anhaltend gute Lage am Arbeitsmarkt, die sich vor allem in weiter deutlich steigenden Beschäftigungszahlen zeigt. Vor diesem Hintergrund dürften die Bruttolöhne und -gehälter mit reichlich 4 Prozent kräftig steigen; seit der Wiedervereinigung fiel der Anstieg lediglich in einem Jahr (2011) höher aus. Da sich seitens der Finanzpolitik die Entlastungen (Steueranpassungen) und die Belastungen (Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung und „kalte Progression“) in etwa die Waage halten, dürften auch die Nettolöhne und -gehälter mit ähnlichen Raten zulegen. Gebremst wird der Anstieg der verfügbaren Einkommen durch die geringe Dynamik bei den Entnahmen (Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte). Hintergrund ist, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen insgesamt im laufenden Jahr wohl zurückgehen dürften, was angesichts der sehr hohen konjunkturellen Dynamik ungewöhnlich ist (Kasten 1). Ein Grund für den Rückgang ist die deutlich geringere Zahl an Arbeitstagen, die sich stärker bei der Produktion als bei den Arbeitnehmerentgelten bemerkbar machen wird. Hinzu kommt, dass die Unternehmen die höheren Importpreise wohl nicht vollständig und erst mit Verzögerung an ihre Kunden weiterreichen dürften – zu Lasten der Unternehmensgewinne. Für unsere Prognose unterstellen wir, dass sich der Effekt des Rückgangs der Unternehmens- und Vermögenseinkommen auf die Entnahmen über das laufende und das kommende Jahr verteilen wird, so wie es auch in der Vergangenheit zu beobachten war. So rechnen wir trotz der rückläufigen Unternehmens- und Vermögenseinkommen für das laufende Jahr mit einem leichten Anstieg bei den Entnahmen. Im kommenden Jahr werden sich die Entnahmen, auch wenn Unternehmens- und Vermögenseinkommen dann voraussichtlich wieder kräftig anziehen, wohl nur leicht beschleunigen.

Der private Konsum expandiert nach der kurzen Schwächephase wieder lebhaft. Der private Konsum ist im vergangenen halben Jahr trotz der sprudelnden Einkommen nur noch

verhalten gestiegen. Maßgeblich war, dass die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch den Anstieg der Ölpreise gedrückt wurde, nachdem rückläufige Ölpreise zuvor zwei Jahre lang die real verfügbaren Einkommen gestützt hatten. Insgesamt dürfte der Deflator des privaten Konsums mit Anstiegen von etwa 1,5 Prozent im laufenden und im kommenden Jahr deutlich rascher zulegen als im Jahr 2016. Vor diesem Hintergrund werden die real verfügbaren Einkommen im laufenden Jahr wohl lediglich um 1,1 Prozent zulegen; im kommenden Jahr dürften sie mit 1,5 Prozent wieder etwas stärker expandieren. Die Sparquote dürfte in der Tendenz abwärtsgerichtet sein, nachdem der mit den persistenten Ölpreiserückgängen verbundene Kaufkraftgewinn in den Jahren zuvor zu einem Anstieg der Sparquote beigetragen hat. So wird der in diesem Jahr wieder etwas höhere Ölpreis die Sparquote wohl belasten. Hinzu kommt, dass die niedrigen Zinsen die Ersparnisbildung wohl summa summarum drücken, da die negativen Anreize durch die niedrigen Renditen gegenüber den positiven Anreize in Form von Zielsparen zur Sicherung des Einkommensniveaus im Alter deutlich größer sind; dafür sprechen auch Befragungen der privaten Haushalte (Deutsche Bundesbank 2017). Wir rechnen mit einem Rückgang der Sparquote auf 9,5 Prozent für das Jahr 2018 nach 9,7 Prozent im laufenden Jahr. Alles in allem dürfte der private Konsum vor allem aufgrund des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn im laufenden Jahr lediglich um 1,1 Prozent steigen und im kommenden Jahr wieder mit 1,5 Prozent beschleunigt zulegen.

Der Bauaufschwung gewinnt an Breite. Die Bauinvestitionen stiegen im ersten Quartal kräftig um 2,3 Prozent. In unserer Frühjahrsprognose waren wir noch von einem Rückgang ausgegangen. Die rückläufige Bauproduktion im Januar gepaart mit Unternehmensbefragungen deuteten darauf hin, dass die Bautätigkeit witterungsbedingt zu Jahresbeginn rückläufig sein würde – gefolgt von einem Rückprall im zweiten Quartal. Im Verlauf des ersten Quartals zeigte sich jedoch, dass die Witterungsbedingungen die Bauinvestitionen weniger stark belasteten als erwartet, und die Bauproduktion zog kräftig an. Freilich ging ein Gutteil des Anstiegs von mehr als 4 Prozent im ersten

Quartal rein statistisch auf Anpassungen bei der Erhebung zurück, mit der sich die Zahl der meldepflichtigen Bauunternehmen spürbar erhöhte.² Alles in allem verzeichneten sowohl die öffentlichen Investitionen als auch die privaten Bauinvestitionen deutliche Anstiege. Der Wirtschaftsbau legte mit mehr als 5 Prozent besonders kräftig zu. Aufgrund der äußerst anregenden Rahmenbedingungen für die öffentlichen Investitionen (hohe öffentliche Einnahmen), die privaten Wohnungsbauinvestitionen (günstige Finanzierungsbedingungen und hohe Einkommenszuwächse) und den Wirtschaftsbau (hohe Kapazitätsauslastung und günstige Geschäftsaussichten) rechnen wir damit, dass der Aufschwung beim Bau an Breite und Fahrt gewinnt. Alles in allem werden sich die Bauinvestitionen voraussichtlich um 3,4 Prozent im laufenden Jahr und um knapp 4 Prozent im kommenden Jahr erhöhen. Da die Kapazitäten in der Bauwirtschaft Umfragen zufolge bereits seit längerem sehr angespannt sind, wird sich die rege Bautätigkeit voraussichtlich auch mehr und mehr in Preissteigerungen übersetzen. Vor diesem Hintergrund dürfte der Anstieg des Deflators der Bauinvestitionen im laufenden und im kommenden Jahr mit jeweils rund 3 Prozent spürbar höher ausfallen als im Vorjahr.

Die Ausrüstungsinvestitionen springen an.

Die Ausrüstungsinvestitionen legten im ersten Quartal um 1,2 Prozent zu, nachdem sie zuvor trotz der hohen konjunkturellen Dynamik drei Quartale in Folge rückläufig gewesen waren. Maßgeblich für den Rückgang war wohl die erhöhte Unsicherheit, die sich aus dem fragilen internationalen Umfeld ergeben hatte. Zwar befindet sich der Indikator für politische Unsicherheit noch auf erhöhtem Niveau, andere Indikatoren, wie die Volatilität der Aktienkurse, zeigen jedoch eine sehr niedrige Unsicherheit

an. Mit dem Auslaufen der dämpfenden Effekte seitens der Unsicherheit dürften die zyklischen Auftriebskräfte, die sich in der überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung und den günstigen Absatz- und Ertragsaussichten widerspiegeln, wieder die Oberhand gewinnen. Vor diesem Hintergrund rechnen wir damit, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum mit recht hohen Raten expandieren werden. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen im kommenden Jahr voraussichtlich mit reichlich 5 Prozent steigen, nach 1,2 Prozent im laufenden Jahr.

Die Aufwärtsbewegung bei den Verbraucherpreisen setzt sich fort.

Im Mai stiegen die Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich um 1,5 Prozent. Damit fiel die Inflation etwas schwächer aus als im April, als sie noch bei 2 Prozent gelegen hatte. Hierzu trugen insbesondere die Energiepreise bei; während sie sich im Vormonat noch um 5,1 Prozent erhöht hatten, stiegen sie im Mai nur noch um 2 Prozent. Auch bei den Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten schwächte sich der Preisauftrieb wieder etwas ab; hier haben Sondereffekte im Zusammenhang mit kalendarischen Verschiebungen bei den Osterfeiertagen eine Rolle gespielt. Eine zunehmende Preisdynamik war hingegen bei den Waren ohne Energie – und hier insbesondere bei den Nahrungsmitteln – sowie bei den Wohnungsmieten zu verzeichnen. Der geringere Elan der Energiekomponente begründet sich durch die Entwicklung des Ölpreises. Nach einem Anstieg zum Jahreswechsel, im Zuge dessen er auf zeitweilig über 57 Dollar je Fass geklettert war, entwickelte sich der Ölpreis recht verhalten und fiel zuletzt wieder unter die 50-Dollar-Marke. Auch für den Prognosezeitraum zeichnet sich kein signifikanter Anstieg des Ölpreises ab. Allerdings dürfte die zunehmende Auslastung der Produktionskapazitäten in Deutschland den heimischen Preisauftrieb verstärken, so dass wir insgesamt mit Inflationsraten in Höhe von 1,7 Prozent sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr rechnen.

Die Lohndynamik gewinnt im Zuge höherer Preissteigerungen und zunehmender Anspannungen am Arbeitsmarkt an Fahrt. Für das laufende Jahr deuten die bereits ausgehandelten Tarifverträge auf eine leichte Be-

² Die regelmäßig vorgenommene Berichtskreis-anpassung fiel für das Bauhauptgewerbe wohl besonders stark aus, da viele Betriebe zusätzlich in den Berichtskreis aufgenommen worden sind. Zudem wird die Entwicklung der Produktion im Bauhauptgewerbe nun auf Basis der vorliegenden Entwicklung bei den Betrieben mit 20 und mehr Mitarbeitern fortgeschrieben. Zuvor wurden die für diese Betriebe ermittelten Werte noch auf alle Betriebe hochgerechnet. Letztere Anpassung hat auch rückwirkend zu Revisionen der Produktion im Bauhauptgewerbe geführt (Statistisches Bundesamt 2017).

beschleunigung der Tarifverdienste hin; wir erwarten einen Anstieg um 2,2 Prozent, nach 2,1 Prozent im vergangenen Jahr. Im kommenden Jahr dürften sich die Tarifverdienste weiter beschleunigen (2,5 Prozent), nicht zuletzt da die Tarifpartner wohl zunehmend auf die inzwischen gestiegene allgemeine Preisdynamik reagieren werden. Die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) legen im laufenden und kommenden Jahr voraussichtlich etwas schneller zu als die Tarifverdienste (2,6 Prozent bzw. 3,0 Prozent). Dies liegt zum einen an der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2017 um 4 Prozent auf 8,84 Euro sowie an der Tatsache, dass Branchenmindestlöhne und Tariflöhne nicht länger unter 8,50 Euro je Stunde liegen dürfen. Zum anderen dürften die Anspannungen am Arbeitsmarkt infolge des sich fortsetzenden Aufschwungs sowie aufgrund des voraussichtlich schwächer wachsenden Arbeitskräfteangebots zunehmen. Insgesamt verschlechtert sich das Verhältnis zwischen realen Lohnkosten und Arbeitsproduktivität im laufenden Jahr spürbar. Neben der leichten Beschleunigung der Lohnkosten tragen hierzu vor allem eine merkliche Verlangsamung der Pro-Kopf-Arbeitsproduktivität (aufgrund des negativen Arbeitstageeffekts) und der heimischen Preise (aufgrund des sehr raschen Anstiegs der Importpreise) bei. In der Folge werden von der Lohnkostenseite die positive Impulse auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen nachlassen.

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, wenngleich das Tempo etwas nachlassen dürfte. Das Tempo des Beschäftigungsaufbaus war im abgelaufenen Winterhalbjahr außergewöhnlich hoch. Im vierten und ersten Quartal stieg die Zahl der Erwerbstätigen um je rund 200 000 Personen; ein ähnlich starker Quartalsanstieg wurde zuletzt im Jahr 2008 verzeichnet. Treiber blieb die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, während die Selbständigkeit und die geringfügige Beschäftigung weiter sanken. Angesichts des sich fortsetzenden konjunkturellen Aufschwungs und des steigenden Erwerbspersonenpotenzials wird sich der Beschäftigungsaufbau im Prognosezeitraum fortsetzen, wenngleich sich das Tempo abschwächen dürfte. Gründe sind die nachlassenden positiven Impulse von der Lohnkostenseite so-

wie die Tatsache, dass die steigende Erwerbsbeteiligung insbesondere von Älteren und Frauen sowie die Zuwanderung des Erwerbspersonenpotenzial nicht mehr ganz so stark ausweiten dürften wie in den vergangenen Jahren. Die Arbeitslosigkeit bleibt abwärtsgerichtet, wenngleich weiterhin in geringerem Ausmaß, als es der Beschäftigungsaufbau nahelegt. Obwohl die nach Deutschland zugewanderten Flüchtlinge nur langsam Beschäftigung finden, machen sie sich nur verhältnismäßig begrenzt auf die Arbeitslosigkeit insgesamt bemerkbar, da sie weiterhin in großem Umfang in Integrationskursen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert werden, während derer sie von der Arbeitslosenstatistik nicht als arbeitslos gezählt werden. Alles in allem erwarten wir, dass die Arbeitslosenquote von jahresdurchschnittlich 5,7 Prozent im laufenden Jahr auf 5,4 Prozent im kommenden Jahr sinkt, nach 6,1 Prozent im vergangenen Jahr.

Der gesamtstaatliche Budgetüberschuss wird im Jahr 2017 den Rekordwert des Vorjahres abermals übertreffen. Zwar legen die Einnahmen wohl weniger stark zu als im Vorjahr, doch schwächt sich die Dynamik der Ausgaben sogar stärker ab. Da die Flüchtlingsmigration zum Jahreswechsel 2015/2016 ihren Höhepunkt überschritten hat, immer mehr Verfahren entschieden und zudem Geflüchtete zunehmend in den Arbeitsmarkt integriert werden, kommen von dieser Seite keine weiteren Impulse für Ausgaben im Bereich sozialer Sachleistungen und Vorleistungen. Die Ausweitung der Leistungen in der sozialen Pflegeversicherung wirkt dem zwar entgegen, doch ist das Plus insgesamt merklich geringer als im Vorjahr. Die staatlichen Bruttoinvestitionen dürften – auch vor dem Hintergrund der sehr guten Kassenlage – hingegen beschleunigt zulegen, während die monetären Sozialleistungen in etwa in ähnlich hohem Tempo steigen wie im Vorjahr, da zum einen die sehr hohe Rentenanpassung aus dem Jahr 2016 im laufenden Jahr ihre volle Jahreswirkung erreicht und zum anderen angesichts der steigenden Zahl entschiedener Asylanträge vermehrt Personen Anspruch auf ALG II bekommen. Wegen der Rückzahlungen der Einnahmen aus der Kernbrennstoffsteuer rechnen wir zudem mit einem

einmaligen kräftigen Anstieg der Vermögens-transfers in der zweiten Jahreshälfte. Entlastet werden die Ausgaben durch die Buchung der Erträge aus den Funklizenzauktionen im Jahr 2015 und sinkende Transferzahlungen an die EU (Eigenmittel).

Angesichts der guten Konjunktur werden die Einnahmen des Staates auch im Jahr 2017 kräftig sprudeln. Das hohe Plus bei den Steuereinnahmen des Jahres 2016, das insbesondere auf einem extremen Anstieg der Körperschaftsteuereinnahmen beruht, wird aber wohl nicht wieder erreicht. Die Zuwachsraten dürften sich normalisieren. So werden in der vorliegenden Schätzung die gewinnabhängigen Steuern zwar vorsichtig fortgeschrieben, aber es wird unterstellt, dass der hohe Zuwachs des Jahres 2016 zumindest keinen Korrekturbedarf innerhalb des Prognosehorizonts impliziert (Kasten 2). Die Beitragseinnahmen hingegen expandieren in ähnlich hohem Tempo wie im Vorjahr. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme legt kräftig zu, und die Beitragssätze zur Pflegeversicherung wurden zu Jahresbeginn angehoben. Die sonstigen Einnahmen des Staates gehen wohl zurück. Die Abführungen der Deutschen Bundesbank fallen deutlich geringer aus als im Vorjahr. Die Erbschaftsteuereinnahmen, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) als Vermögenstransfer und nicht als Steuer gewertet wird, werden wohl sinken, nachdem im Vorfeld der Steuerrechtsreform im Jahr 2016 das Niveau der Schenkungen überhöht gewesen sein dürfte.

Im Jahr 2018 werden die Überschüsse auf sehr hohem Niveau bleiben. Die Einnahmen werden, getragen von der starken Konjunktur, weiter zulegen, wobei das Tempo etwas höher sein dürfte als im Jahr 2017; allerdings entfällt der Effekt durch die Beitragssatzanhebung in der Pflegeversicherung. Die Ausgaben werden ebenfalls weiter merklich und in einem leicht höheren Tempo zulegen als im Jahr 2017. Während aber bei den sozialen Sachleistungen und den monetären Sozialleistungen auch infolge der anhaltend guten Arbeitsmarktentwicklung und entfallenden Ausgaben im Rahmen der Flüchtlingsmigration mit geringen Zuwächsen zu rechnen ist und der Einmaleffekt durch die Rückzahlung der Kernbrennstoffsteuereinnahmen entfällt, sind es vor allem die laut

Plan stark steigenden Eigenmittel-Zahlungen an die EU, die für einen merklichen Ausgabenanstieg sorgen.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Die zyklischen Abwärtsrisiken nehmen zu. Der Aufschwung geht nunmehr in sein fünftes Jahr, und die Kapazitäten werden zunehmend stärker ausgelastet als im längerfristigen Mittel. Zwar ist im Prognosezeitraum mit keiner nennenswerten geldpolitischen Reaktion auf die sich herausbildende Hochkonjunktur in Deutschland zu rechnen, gleichwohl wird auch die ungewöhnlich lange Aufschwungsphase nicht ewig währen. Eine nach oben vom Potenzial abweichende Produktionstätigkeit muss früher oder später korrigiert werden. Nicht nur nähert sich die Produktion mehr und mehr der Vollauslastung, auch nimmt etwa die Beschaffung langlebiger Wirtschaftsgüter im Zuge des Aufschwungs zu. Dies gilt für den Sektor der privaten Haushalte (Wohnungsbau und langlebige Konsumgüter) ebenso wie für die Unternehmen, sobald auch dort die Investitionstätigkeit anzieht. Die lange Nutzungsdauer dieser Güter lässt dann mit der Zeit die Nachfrage wieder sinken. Weil Unternehmen auf ihren Absatzmärkten die konjunkturelle Übertreibung aber kaum von idiosynkratischen Erfolgsfaktoren ihrer Produktionstätigkeit unterscheiden können, bilden sich in der Zeit der Hochkonjunktur nicht nachhaltige Strukturen heraus. Dies zu vermeiden, ist Sinn und Zweck der Stabilisierungspolitik.

Die Nebenwirkungen der Niedrigzinspolitik fressen sich weiter in die Realwirtschaft. Sowohl in der Unternehmens- als auch in der Immobilienfinanzierung haben die Zinsen im Zuge der äußerst lockeren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank historische Tiefststände erreicht. Eine derart lange Phase eines ungewöhnlich hohen monetären Expansionsgrades hat es zuvor nicht gegeben. Je länger aber der Einfluss der Geldpolitik auf die Kapitalmarktzinsen anhält, desto mehr güterwirtschaftliche Entscheidungen orientieren sich an verzerrten Relativpreisen. Denn eine lockere Geldpolitik wirkt sich nicht gleichmäßig auf alle Güterpreise aus, sondern niedrige Zinsen lassen die Preise

konsumfernerer (und damit insbesondere langlebiger) Wirtschaftsgüter gegenüber anderen Güterpreisen stärker steigen. Besonders ausgeprägt zeigt sich dieser Effekt auf Immobilienmärkten. Die aufgrund niedriger Zinsen verzerrten Preissignale bewirken tendenziell eine Umschichtung der Produktionsfaktoren in die entsprechenden Wirtschaftsbereiche. Dieser allokativer Effekt ist zeitkritisch. Während er bei kurzzeitigem Einsatz des geldpolitischen Instrumentariums eher vernachlässigt werden kann, wird er umso bedeutender, je länger die Phase künstlich niedriger Zinsen ausfällt (Fiedler et al. 2017). Ob der Einsatz makroprudenzialer Instrumente die so entstehenden Risiken wirksam einhegen kann, ist angesichts der Komplexität der marktwirtschaftlichen Strukturen und der geringen Erfahrung mit diesen Instrumenten nicht gesichert (Boysen-Hogrefe et al. 2014).

Die konjunkturelle Dynamik spricht für eine behutsame Finanzpolitik. Die zu erwartenden Überschüsse in den öffentlichen Haushalten wecken typischerweise fiskalische Begehrlichkeiten, zumal in einem Wahljahr. Stabilisierungs- wie haushaltspolitisch dürfte unstrittig sein, dass die nur auf die lebhaftere Konjunktur zurückgehenden Mehreinnahmen und Minder Ausgaben keinen Anlass zu einem anderen Haushaltsgebaren der öffentlichen Hand geben, weil diese Effekte nur vorübergehender Natur sein können und sich im Zuge atmender Budgets über den Konjunkturzyklus ausgleichen. Als problematisch erweist sich mitunter die Diagnose der Konjunkturkomponente im Haushaltssaldo. Der verbleibende strukturelle Anteil, den wir auf 0,3 Prozent (2017) und 0,2 Prozent (2018) in Relation zur Wirtschaftsleistung veranschlagen, ist indes durch das niedrige Zinsniveau verzerrt, das ebenfalls nicht von Dauer sein wird. Ohne diesen Effekt ergäben sich Defizite in einer Größenordnung von 1 Prozent.³ Die Methodenproblematik der üblichen Potenzialschätzung, die in Aufschwungsphasen tendenziell die Produktionsmöglichkeiten überschätzt (und damit die Konjunkturkomponente im Staatshaushalt unterschätzt), spricht für sich

genommen dafür, einen Sicherheitsabschlag vorzunehmen und der Konsolidierung den Vorzug zu geben. Dies gilt umso mehr, als Unklarheit über die Nachhaltigkeit der seit einiger Zeit überraschend kräftig sprudelnden Unternehmenssteuern besteht (Kasten 1).

Auch strukturelle Budgetüberschüsse sind kein hinreichender Grund für staatliche Mehrausgaben. In der finanzpolitischen Debatte werden neue Ausgabenprogramme oftmals unter Hinweis auf strukturelle Budgetüberschüsse damit gerechtfertigt, dass „ausreichend Geld da sei“. Dies verkennt aber zweierlei. Zum einen werden diese Mittel den privaten Akteuren in Form von Abgaben entzogen und führen so an anderer Stelle des Wirtschaftssystems zu Verzicht. Zum anderen ist für eine rationale Wirtschaftspolitik nicht die Gegenüberstellung neuer Ausgaben mit bestehenden Einnahmen vorzunehmen, sondern zunächst mit den bisherigen Ausgabepositionen im Budget. Sofern die zu finanzierenden neuen Ausgabenprogramme als höherrangig eingeschätzt werden als die bislang getätigten, verdrängen sie diese. In diesem Fall müssen dann die nunmehr als weniger prioritär angesehenen Altprogramme den Vergleich mit den gesamtwirtschaftlichen Kosten stellen, die sich daraus ergeben, dass dem privaten Sektor die entsprechenden Mittel abverlangt werden. Erst wenn auch dieser Vergleich zugunsten der Altprogramme ausfällt, kann die ausgabenwirksame Verwendung struktureller Budgetüberschüsse als gerechtfertigt gelten. Andernfalls wäre der Steuersenkung der Vorzug zu geben, um strukturelle Überschüsse im Haushalt abzuschmelzen, und neue Staatsaufgaben wären durch Umschichtungen auf der Ausgabenseite des Budgets zu finanzieren.

³ Sofern die implizite Verzinsung der Staatsschuld aus dem Jahr vor der großen Rezession zugrunde gelegt wird, wären die Zinsausgaben des Gesamtstaates aktuell um über 40 Mrd. Euro höher.

Kasten 1:

Zum Zusammenhang zwischen Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Arbeitstagen und Terms of Trade

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (UVE) entwickeln sich in der Regel prozyklisch. In Phasen hoher konjunktureller Dynamik legen auch die UVE typischerweise kräftig zu, da dann die Absatz- und Ertragsmöglichkeiten günstig sind. Vor diesem Hintergrund ist es auffällig, dass die UVE unserer Prognose zufolge im laufenden Jahr zurückgehen werden, obwohl wir mit einer hohen konjunkturellen Dynamik rechnen. Dies könnte zwar ein Hinweis auf Inkonsistenzen in unserer Prognose sein, insbesondere zwischen der verwendungs- und verteilungsseitigen Durchrechnung. So könnte – sofern sich unsere Prognose des nominalen Bruttoinlandsprodukts als zutreffend erweist – unsere Prognose für die Bruttolöhne und -gehälter zu optimistisch sein, da höhere Löhne und Gehälter ceteris paribus die UVE drücken. Umgekehrt könnte es auch ein Indiz dafür sein, dass wir – gegeben einer zutreffenden Prognose der Bruttolöhne und -gehälter – die konjunkturelle Dynamik unterschätzen und das nominale Bruttoinlandsprodukt stärker zulegen wird als von uns prognostiziert.

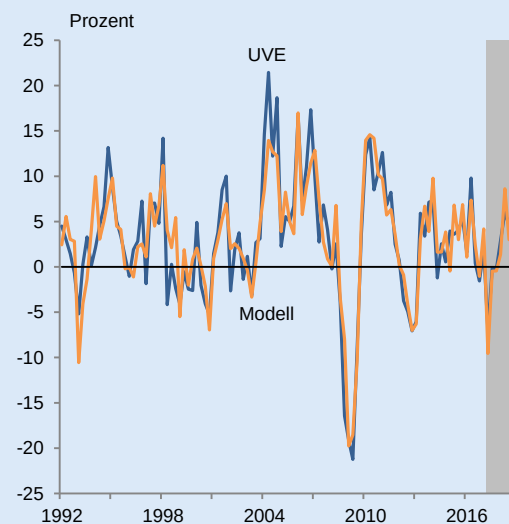
Allerdings hängen die UVE von einer Vielzahl von Einflussfaktoren ab, so dass der Zusammenhang zwischen Konjunktur und UVE durch andere Entwicklungen überlagert werden kann. So fällt die Zahl der Arbeitstage im laufenden Jahr merklich geringer aus als im Vorjahr. In der Regel schwankt die Produktion der Unternehmen deutlich stärker mit der Zahl der Arbeitstage als die Löhne und Gehälter, die zu einem Gutteil auf Monatsbasis unabhängig von der Zahl der Arbeitstage ausgezahlt werden. Hinzu kommt, dass sich die Terms of Trade im laufenden Jahr deutlich verschlechtern dürften, insbesondere weil die Importpreise zu Beginn des Jahres ölpreisbedingt kräftig anzogen. Zwar haben die Unternehmen gerade in Phasen hoher konjunktureller Dynamik größere Preisüberwälzungsspielräume. Gleichwohl orientieren sich Unternehmen auch an den Marktgegebenheiten und überwälzen höhere Kosten erst mit zeitlicher Verzögerung auf die Abnehmer, so dass sie in der Zwischenzeit Gewinneinbußen tolerieren.

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, ob der in unserer Prognose unterstellte Rückgang der UVE konsistent mit den aktuellen Rahmenbedingungen ist. Dazu wird ein ökonometrisches Modell spezifiziert, in dem die Vorjahresrate der UVE anhand der (interpolierten) Produktionslücke (Vorjahresdifferenz) als Maß für die konjunkturelle Dynamik, der Zahl der Arbeitstage (Vorjahresdifferenz) sowie der Terms of Trade (Vorjahresrate) erklärt wird.^a Für diese drei Variablen erlauben wir einen kontemporären Zusammenhang sowie bis zu vier Verzögerungen. Zusätzlich nehmen wir bis zu vier Verzögerungen der Vorjahresrate der UVE und eine Konstante in das Modell auf. Das Modell wird auf Quartalsdatenbasis für den Zeitraum von 1991 bis zum ersten Quartal 2017 geschätzt. Es wird ein Modellselektionsverfahren verwendet, bei dem alle Regressoren, die nicht mindestens einen p-Wert von 10 Prozent aufweisen, getilgt werden. Andrew-Ploberger-Tests zeigen keine Strukturbrüche an.

Das daraus resultierende Modell kann die zum Teil starken Schwankungen bei den UVE sehr gut nachzeichnen (Abbildung K1-1). So zeigt es beispielsweise den Rückgang der UVE im vierten Quartal des Jahres 2016 sowie zwischen dem zweiten Quartal 2012 und dem zweiten Quartal 2013 korrekt an. Für den Prognosezeitraum deutet das Modell auf Rückgänge im laufenden Jahr hin, insbesondere im zweiten Quartal. Dies korrespondiert mit unserer Prognose, in der die UVE ebenfalls im zweiten Quartal deutlich zurückgeht, vor allem weil dann der negative Arbeitstageeffekt besonders stark zu Buche schlägt. Modelle, die statt der Produktionslücke das preisbereinigte oder das nominale Bruttoinlandsprodukt enthalten oder zusätzlich den Deflator des Bruttoinlandsprodukts als erklärende Variable aufnehmen, kommen zu vergleichbaren Ergebnissen. Alles in allem spricht das Modell dafür, dass unsere Prognose rückläufiger UVE für das laufende Jahr im Einklang mit der historischen Entwicklung der UVE steht.

^aDas Modell wird in Vorjahresraten spezifiziert, um saisonale Einflüsse auszuschalten.

Abbildung K1-1:
Unternehmens- und Vermögenseinkommen –
tatsächliche Entwicklung und Modellergebnisse
1992–2019



Quartalsdaten; Vorjahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Kasten 2:

Zum starken Anstieg der Gewinnsteuereinnahmen im Jahr 2016

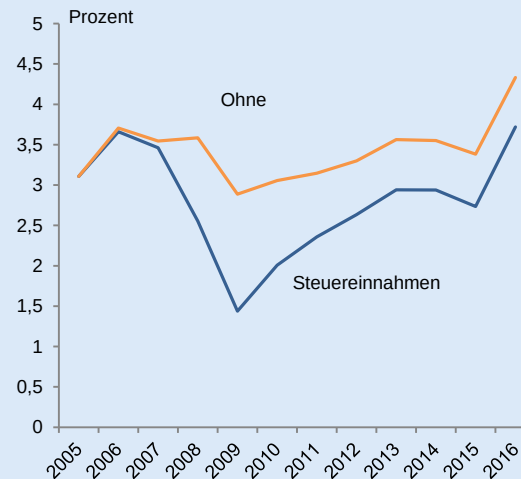
Im Jahr 2016 kam es zu einem unvorhergesehenen starken Anstieg der Steuereinnahmen. Die Gewinnsteuern und hier vor allem die Körperschaftsteuereinnahmen haben sich deutlich stärker entwickelt als es gesamtwirtschaftliche Bezugsgrößen wie das Bruttoinlandsprodukt oder die Unternehmens- und Vermögenseinkommen und die Quantifizierung von Steuerrechtsänderungen nahelegen. Dies wirft mit Blick auf die Prognose der Steuereinnahmen die Frage auf, ob es sich bei den Einnahmen im Jahr 2016 um einen Ausreißer handelte, der korrigiert wird, oder ob hier eine dauerhafte Niveauverschiebung der Einnahmen vorliegt. Mit Blick auf die Beurteilung der Spielräume für eine Entlastung der Steuerzahler ist diese Frage von erheblicher Bedeutung. Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung der Steuereinnahmen der gewinnabhängigen Steuerarten für die vergangenen Jahre in Relation zu den gesamtwirtschaftlichen Unternehmens- und Vermögenseinkommen in den Blick genommen, um den Zuwachs des Jahres 2016 im Vergleich mit den vorangegangenen Jahren zu bewerten. Dann werden mögliche Ursachen diskutiert.

Die Steuereinnahmen des Jahres 2016 im Vergleich zu den Vorjahren

Zur Beurteilung der Gewinnsteuereinnahmen des Jahres 2016 werden diese in Relation zu den gesamtwirtschaftlichen Unternehmens- und Vermögenseinkommen (UVE) gesetzt, die typischerweise zur Fortschreibung der Einnahmen dieser Steuerarten herangezogen werden. Zudem werden die Effekte von Steuerrechtsänderungen soweit möglich herausgerechnet werden. Dies ist insbesondere geboten, da durch die Unternehmensteuerreform des Jahres 2008 und die verschiedenen Konjunkturmaßnahmen seit dem Jahr 2009 die Steuereinnahmen merklichen Schwankungen in Relation zur gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlage unterworfen wurden. Ferner wird die Anhebung der Hebesätze in der Gewerbesteuer durch die Kommunen anhand der vom Statistischen Bundesamt berechneten Jahresdurchschnitte berücksichtigt.^a

Es werden für die Jahre 2005 bis 2016 zwei Steueraggregate betrachtet: zum einen die Körperschaftsteuer, da hier die größten Ausschläge im Jahr 2016 zu verzeichnen waren, und zum anderen werden die Einnahmen folgender Steuern addiert: Körperschaftsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Gewerbesteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Abgeltungsteuer. Die Steuereinnahmen werden zusammengefasst, um möglichen Substitutionseffekten zwischen den Steuerarten zu begegnen. Steigen zum Beispiel die Zinsausgaben, werden vermutlich die per saldo zinszahlenden Unternehmen weniger Steuern zahlen, aber die Einnahmen der Abgeltungsteuer steigen; auch ist denkbar, dass Unternehmen ihre Rechtsform wechseln, was zu Verschiebungen zwischen der Einkommen- und der Körperschaftsteuer führen würde. Zudem werden Investitionszulagen und die Eigenheimzulage addiert (brutto). Die Effekte von Steuerrechtsänderungen seit dem Jahr 2005 werden für die genannten Steuern kumuliert und der zuvor genannten Größe abgezogen.

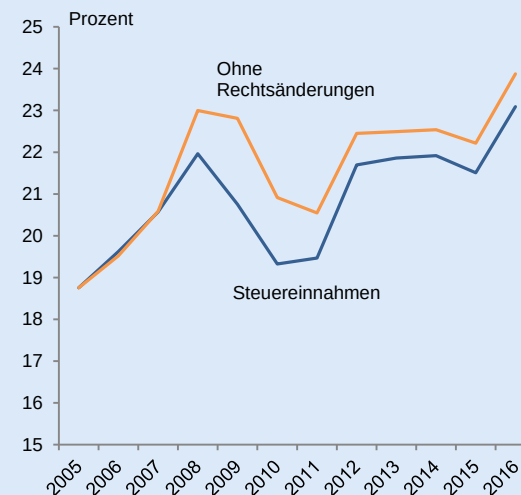
Abbildung K2-1:
Körperschaftsteuereinnahmen 2005–2016



Jahresdaten, in Relation zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

Quelle: BMF, interne Unterlagen; eigene Berechnungen.

Abbildung K2-2:
Gewinnsteuereinnahmen 2005–2016



Jahresdaten, in Relation zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

Quelle: BMF, interne Unterlagen; Statistisches Bundesamt Fachserie 14, Reihe 10.1; eigene Berechnungen.

Es zeigt sich, dass die Körperschaftsteuereinnahmen in Relation zu den UVE im Jahr 2016 sprunghaft stiegen und sogar das Niveau des Jahres 2006 erreichten (Abbildung K2-1). Dabei ist zu bedenken, dass zwischenzeitlich durch die Unternehmensteuerreform 2008 die Körperschaftsteuerzahler merklich entlastet wurden. Rechnet man die Effekte von Rechtsänderungen heraus, lag die Verhältniszahl relativ stabil im ganzen Zeitraum um die 3,5 Prozent – mit einer zeitweiligen Abschwächung, die im Zusammenhang mit der großen Rezession zu sehen ist. Der Sprung auf merklich über 4 Prozent hat in den Jahren seit 2005 keine Entsprechung.

Betrachtet man die Summe der Gewinnsteuereinnahmen, zeigt sich ein ähnliches Bild (Abbildung K2-2). In den Jahren 2012 bis 2015 waren sie relativ stabil bei knapp unter 22 Prozent in Relation zu den UVE; rechnet man die Effekte von Steuerrechtsänderungen heraus, eher etwas darüber. Im Jahr 2016 ist das Verhältnis stark auf 23,2 bzw. 24 Prozent gestiegen. Werte, die in keinem der zuvor betrachteten Jahre erreicht wurden.

Mögliche Ursachen des starken Anstiegs im Jahr 2016

Für eine starke Entwicklung der gewinnabhängigen Steuereinnahmen in der jüngeren Zeit gibt es mehrere durchaus plausible Gründe:

- Zunahme der Steuerehrlichkeit
- Änderungen bei der Besteuerung bzw. bei Steuererstattungen im Zusammenhang mit Dividendenstripping (Cum-Cum)
- Verlustvorträge aus der Großen Rezession „aufgebraucht“
- Verlagerung der Gewinne von kleinen (und großen) zu mittleren Unternehmen
- Niedrigzinsphase verbessert die Gewinnsituation der Unternehmen
- Trendumkehr im Liquiditätsmanagement im Zuge der Niedrigzinsphase
- Fehler in der Quantifizierung von Steuerrechtsänderungen
- Fehler in den VGR

Eine Quantifizierung der möglichen Ursachen ist nicht möglich. Selbst wenn es hier zu einigen der Fragen Ansätze anhand von Unternehmensmikrodaten geben dürfte, so liegen die relevanten Datensätze für das Jahr 2016 noch nicht vor. Daher können an dieser Stelle nur Plausibilitätsüberlegungen angestellt werden.

Zunahme der Steuerehrlichkeit

Durch den Ankauf von Daten mit Informationen zu ausländischen Bankkonten wurden in den vergangenen Jahren immer wieder Fälle von Steuerhinterziehung bekannt. Die Vorgänge wurden öffentlich intensiv diskutiert und zudem wurde ein Steuerabkommen mit der Schweiz geschlossen. Dass die Steuerehrlichkeit, abgesehen von einer zeitweise höheren Zahl an Selbstanzeigen, in den vergangenen Jahren dadurch erhöht wurde, lässt sich allerdings nur vermuten und dürfte insbesondere wenig mit dem rasanten Anstieg der Körperschaftsteuereinnahmen zu tun haben. Höhere laufende Einnahmen aus der Besteuerung von Kapitalerträgen sollten sich in den Abgeltungssteuer niederschlagen und das „Nachholen“ alter Fälle in den Nachzahlungen der Einkommensteuer. Auffällig war in jüngster Zeit aber vor allem die sehr hohe Dynamik der Vorauszahlungen.

Besteuerung des Dividendenstripping

Nach einer öffentlichen Debatte über diese Form der Steuervermeidung wurde hier von staatlicher Seite reagiert. Dies dürfte seit dem Jahr 2016 sehr wahrscheinlich zu Mehreinnahmen geführt haben. Allerdings sind die damit verbundenen Summen – Überschlagsrechnungen deuten auf gut 1 Mrd. Euro Mehreinnahmen pro Jahr hin – nicht hinreichend, um die starke Entwicklung im Jahr 2016 alleine zu erklären.

Verlustvorträge aus der Großen Rezession

In den Jahren um die Große Rezession wiesen die Steuereinnahmen – auch die um die geschätzten Effekte von Rechtsänderungen bereinigten – eine hohe Volatilität auf, so dass in jenen Jahren kein „Normalniveau“ zu verzeichnen war. Zudem ist zu sehen, dass die Steuereinnahmen aus allen Gewinnsteuern zusammen im Jahr 2008 relativ zu den UVE höher ausfielen als im Jahr 2015. Dies könnte dafür sprechen, dass die abschließende „Normalisierung“ noch ausstand und diese im Jahr 2016 dann erfolgte. Dies spräche ebenfalls für einen dauerhaften Effekt. Dass dies allerdings sprunghaft und dann sogar über das Niveau von 2008 hinausgehend passierte, wirkt eher unplausibel.

Verlagerung der Gewinne von kleinen (und großen) zu mittleren Unternehmen

Die Arbeit von Gebhardt und Siemers (2017) legt nahe, dass bedingt durch unterschiedliche Abzugsmöglichkeiten die effektive Steuerlast von Unternehmen mit der Unternehmensgröße variiert. Kleine und große Unternehmen – wobei letztere häufig im Zuge internationaler Verflechtungen höhere Gestaltungsspielräume haben – werden demnach weniger belastet als mittlere. Eine entsprechende Verschiebung der Besetzung der Unternehmensgrößenklassen hinzu mittelgroßen Unternehmen könnte somit zu einem Anstieg des Steueraufkommens insbesondere relativ zu den gesamtwirtschaftlichen Gewinneinkommen führen. Dafür könnte sprechen, dass in jüngerer Zeit die Zahl der Unternehmensgründungen gering war und junge Unternehmen eher kleiner sein dürften. Dass sich diese Entwicklung aber 2017 relativ schlagartig „entlädt“, scheint nur wenig wahrscheinlich. Zudem ist nicht klar, ob es sich hier um einen dauerhaften Effekt handelt. Wachsen mittlere Unternehmen zu internationalen Konzernen und rücken zugleich Neugründungen nach, könnten die Steuereinnahmen in Relation zu den Gewinneinkommen wieder sinken.

Niedrigzinsphase verbessert die Gewinnsituation der Unternehmen

Die anhaltende Niedrigzinsphase dürfte die Ertragslage in vielen Unternehmen, die von Fremdfinanzierung abhängig sind, deutlich verbessern, was zu entsprechend höheren Steuereinnahmen führt. Dem stehen niedrigere Einnahmen bei der Abgeltungsteuer gegenüber. Durch unterschiedliche Grenzsteuersätze, Freibeträge und Abzugsmöglichkeiten können aber Verschiebungen im Zinsgefüge (weniger Zinsausgaben und -einnahmen) die effektive Steuerlast verschieben. Dieses Phänomen könnte in den vergangenen Jahren, in denen die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer sehr schleppend verliefen, durchaus eine Rolle spielen. Dass es sich allerdings schlagartig in dem oben diskutierten Umfang im Jahr 2016 in der Körperschaftsteuer niederschlägt, scheint eher unwahrscheinlich. Mit Blick auf die Prognose spricht diese Ursache für eine gewisse Fortdauer des höheren Niveaus. Langfristig, bei einer Normalisierung des Zinsumfeldes, wäre jedoch mit einer Gegenbewegung zu rechnen.

Trendumkehr im Liquiditätsmanagement im Zuge der Niedrigzinsphase

Im Zuge der Niedrigzinsphase stehen Unternehmen vermehrt negativen Zinsen für Bankeinlagen gegenüber. Dies könnte Unternehmen dazu bringen, die Vorauszahlungen an die Finanzämter nach oben anzupassen, um so ihre Liquidität von der Negativverzinsung wegzuleiten. Inwieweit diese Überlegung viele Unternehmen treibt, Finanzämter überhöhte Vorauszahlungen zulassen und dies sich vor allem im Jahr 2016 niedergeschlagen hat, lässt sich allerdings an dieser Stelle nicht abschätzen. Insofern dieser Punkt Gewicht hat, spricht dies für eine baldige Korrektur der Einnahmen, da dann im Veranlagungsprozess entsprechende Erstattungen typischerweise ein bis zwei Jahre später erfolgen werden.

Fehler in der Quantifizierung von Steuerrechtsänderungen

Die Effekte von Steuerrechtsänderungen werden typischerweise vor dem Inkrafttreten dieser quantifiziert. Eine ex-post Nachberechnung findet in den seltensten Fällen statt. Häufig beruhen die Berechnungen auf statischen Hochrechnungen aus Mikrodatensätzen. Verhaltensanpassungen können kaum berücksichtigt werden und Rechtsänderungen nur dann adäquat quantifiziert, wenn die notwendigen Merkmale von den Steuerpflichtigen bereits erhoben werden. So kann z.B. eine Steuersatzänderung besser abgebildet werden als die Einführung eines neuen Abzugsbetrags, der bisher in den Veranlagungen noch keine Rolle gespielt hat. In den Jahren vor dem Jahr 2016 wurden keine größeren Reformen durchgeführt, so dass eine sehr weitgehende Fehleinschätzung eher unwahrscheinlich ist.

Fehler in den VGR

Eine weitere mögliche Ursache für das Auseinanderlaufen von Steuereinnahmen und gesamtwirtschaftlicher Bezugsgröße könnte das Unterschätzen der gesamtwirtschaftlichen Bezugsgröße sein. Dies würde bedeuten, dass die UVE und damit wohl auch das nominale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 merklich höher war als derzeit ausgewiesen. Angesichts eines Anstiegs der Körperschaftsteuereinnahmen um 40 Prozent wäre die notwendige Korrektur der VGR unvorstellbar groß, so dass dieser Ursache nur schwerlich eine dominierende Rolle unterstellt werden kann.

Fazit

Die jüngste Entwicklung im Jahr 2017 spricht dafür, dass zumindest ein erheblicher Teil der Mehreinnahmen des Jahres 2016 zunächst wiederkehren dürfte. Trotzdem bleiben angesichts mehrerer Argumente, die für ein vorübergehendes Phänomen sprechen, Risiken für die Steuerschätzung, die über die normalen konjunkturbedingten Risiken hinausgehen. Die Spielräume für eine Entlastung der Steuerzahler hängen angesichts einer Größenordnung von gut 10 Mrd. Euro, die bei konstantem Verhältnis zu den UVE weniger eingenommen worden wären, erheblich von der Einschätzung der hier genannten Fragen ab.

^aFür das Jahr 2016 wird der durchschnittliche Hebesatz des ersten Halbjahres für das ganze Jahr angenommen.

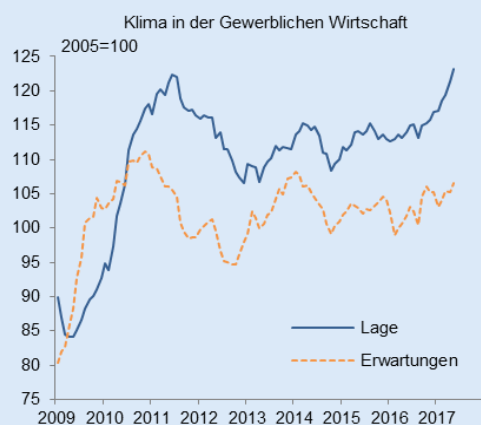
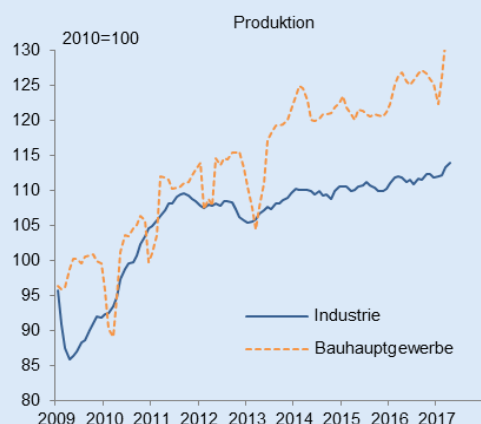
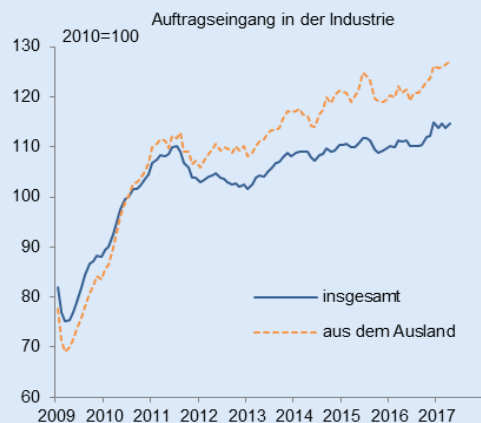
Datenanhang

INHALT

1. Konjunkturindikatoren.....	16
2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung	17
3. Außenwirtschaft.....	20
4. Inländische Verwendung	22
5. Wirtschaftsbereiche	24
6. Löhne.....	25
7. Beschäftigung.....	26
8. Öffentliche Finanzen.....	27
9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit.....	29
10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2015–2018	30
11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	31
12. Hauptaggregate der Sektoren	34

1. Konjunkturindikatoren

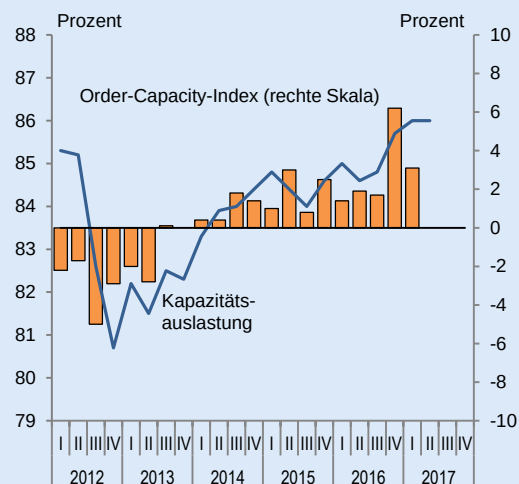
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren 2009–2017



Monatsdaten, saisonbereinigt. Auftragseingang und Produktion als gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; ifo, Konjunkturperspektiven; eigene Berechnungen.

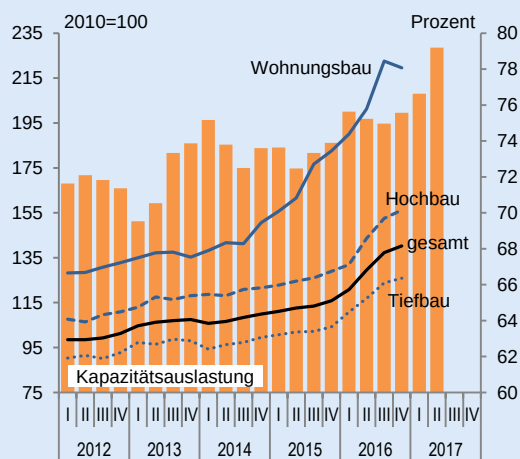
Abbildung 1.2:
Kapazitätsauslastung 2012–2017



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: ifo Institut, Konjunkturtest; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2012–2017

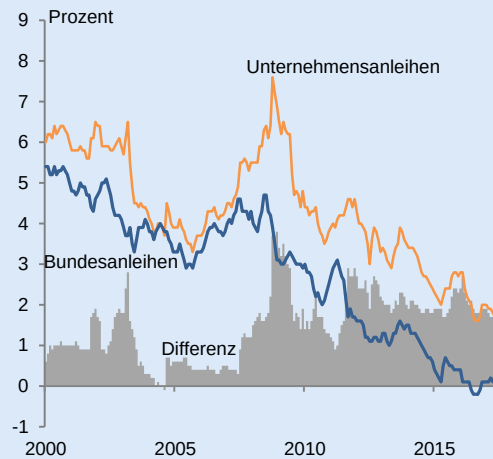


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung: saisonbereinigt, rechte Skala (2017-Q2: Apr./Mai.); Auftragsbestände: preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, GENESIS-Datenbank; ifo, Konjunkturperspektiven.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

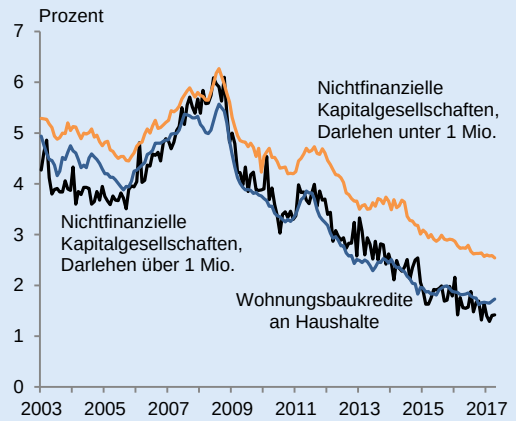
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen 2000–2017



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; eigene Berechnungen.

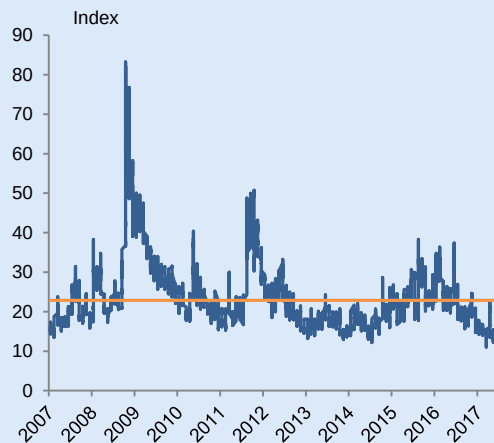
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen 2003–2017



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, MFI-Zinsstatistik.

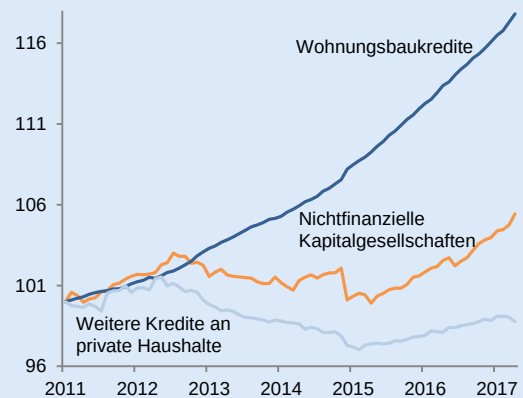
Abbildung 2.3:
VDAX 2007–2017



Tagesdaten; orangefarbene Linie; Mittelwert seit 01.01.1992.

Quelle: Deutsche Börse, VDAX-NEW.

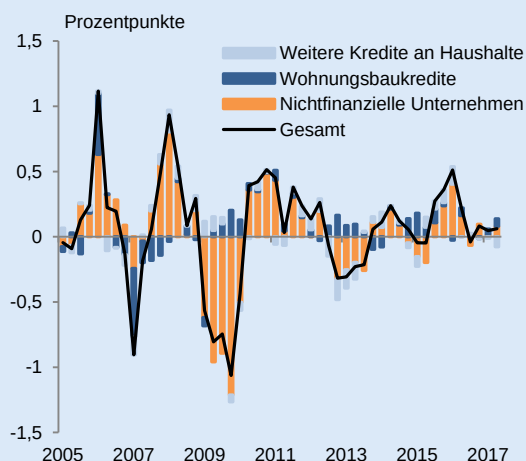
Abbildung 2.4:
Kreditsumme 2011–2017



Index: Jan 2011=100; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank: Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen.

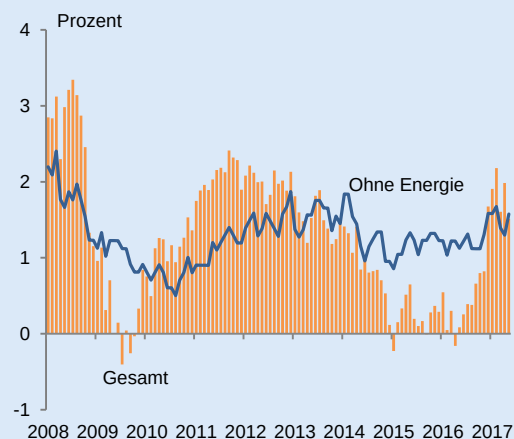
Abbildung 2.5:
Kreditimpuls 2005–2017



Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats;
Berechnung folgt Biggs et al. (2009).
Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ
zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; eigene Berechnungen.

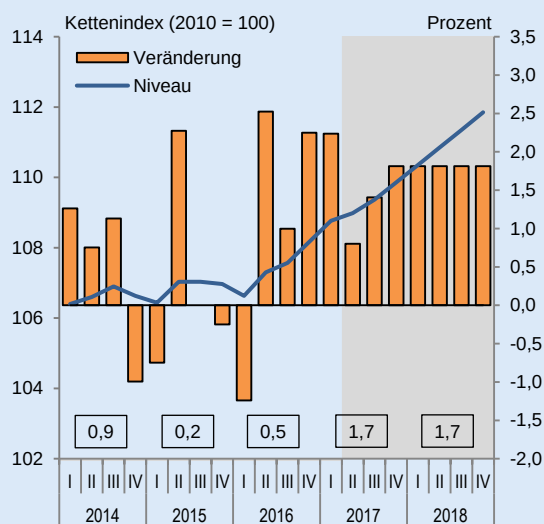
Abbildung 2.6:
Verbraucherpreise 2008–2017



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Zeitreihen-Datenbanken*; eigene Berechnungen.

Abbildung 2.7:
Verbraucherpreise 2014–2018



Quartalsdaten: kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 17, Reihe 7*; Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 2.1:**Rahmendaten für die Konjunktur 2015–2018**

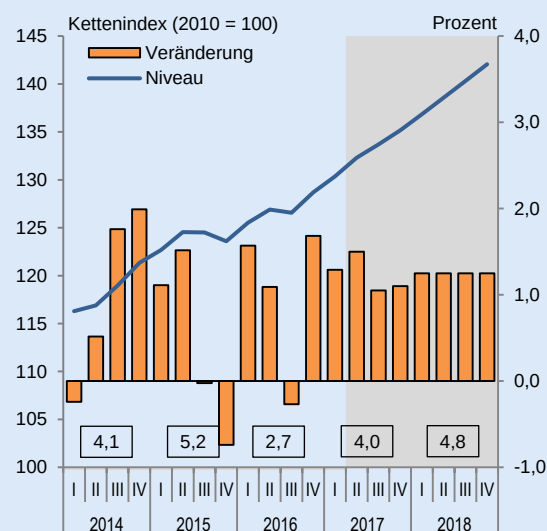
	2015				2016				2017				2018			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,05	0,05	0,05	0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Langfristige Zinsen	0,4	0,5	0,5	0,5	0,1	0,0	-0,1	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6
US-Dollar/Euro	1,13	1,10	1,12	1,09	1,10	1,13	1,12	1,07	1,07	1,11	1,13	1,13	1,13	1,13	1,13	1,13
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	82,9	82,3	83,2	83,3	84,1	84,4	84,3	84,1	83,4	84,1	83,9	83,9	83,8	83,8	83,7	83,6
Exportmärkte	0,69	0,48	0,55	0,54	0,44	0,62	0,54	0,79	0,62	0,66	0,59	0,60	0,60	0,62	0,60	0,58
Rohölpreis	54,1	62,1	47,0	49,5	35,3	46,8	47,0	49,5	54,7	51,9	52,2	52,4	52,7	52,9	53,2	53,4

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 37 Ländern auf Basis von Deflatoren für den Gesamtabatz, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

3. Außenwirtschaft

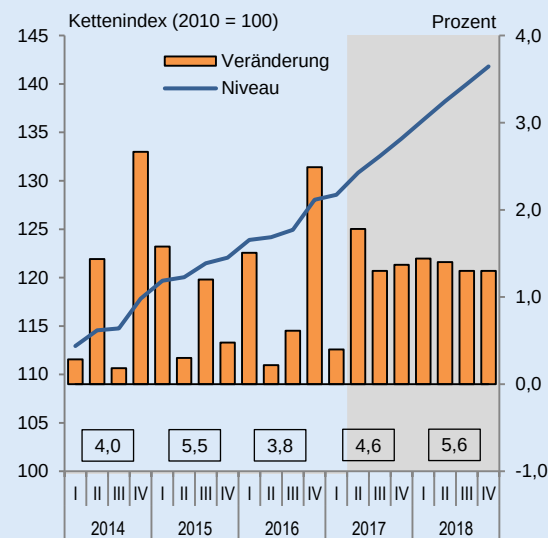
Abbildung 3.1:
Exporte 2014–2018



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten, preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

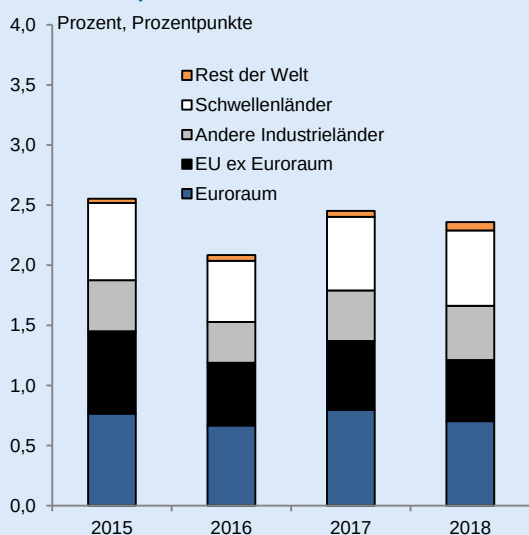
Abbildung 3.2:
Importe 2014–2018



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

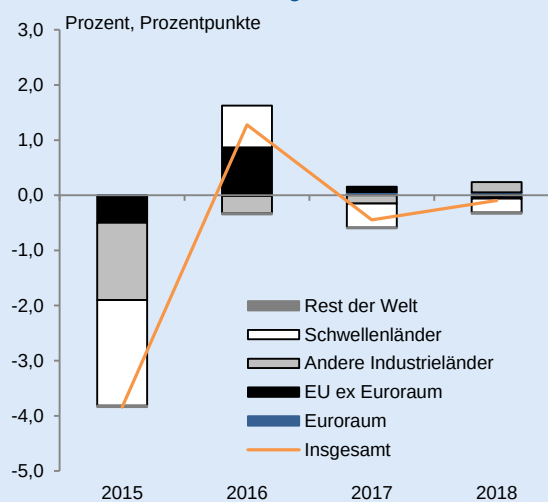
Abbildung 3.3:
Deutsche Exportmärkte 2015–2018



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 7, Reihe 1*; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2016–2018: Prognose des IfW.

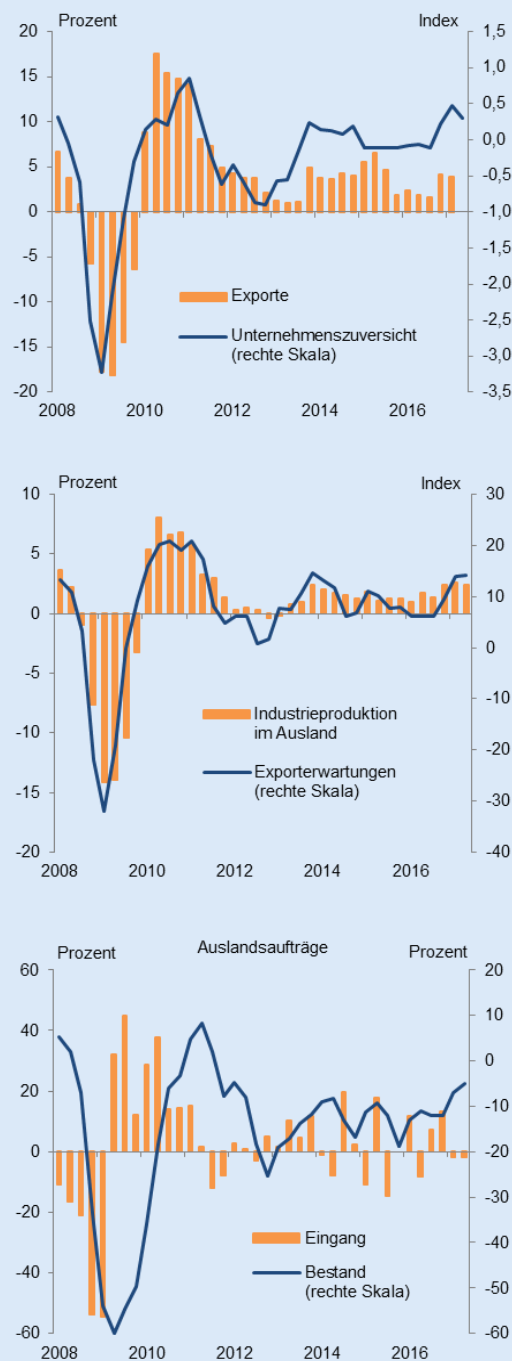
Abbildung 3.4:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2015–2018



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 59 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 56 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht 8.2015*; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2016–2018: Prognose des IfW.

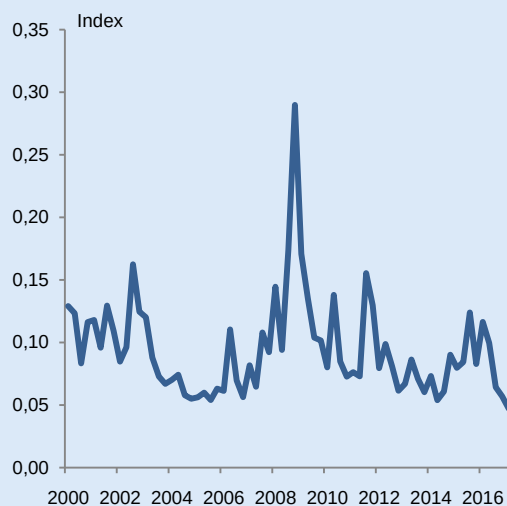
Abbildung 3.5:
Exportindikatoren 2008–2017



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, die über außerordentlich hohe Auftragsbestände berichten; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportorerwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (entspricht dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Financial Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

Abbildung 3.6:
Unsicherheit in den deutschen Abnehmerländern 2000–2017

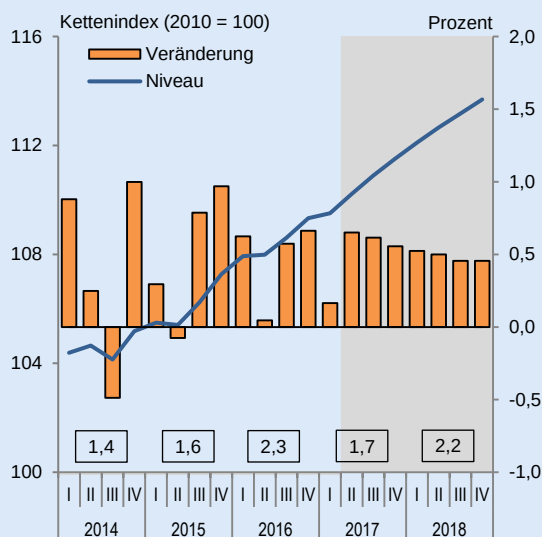


Quartalsdaten; Unsicherheit auf Basis von Aktienkursvolatilitäten in 46 Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren.

Quelle: Nationale Quellen; eigene Berechnungen.

4. Inländische Verwendung

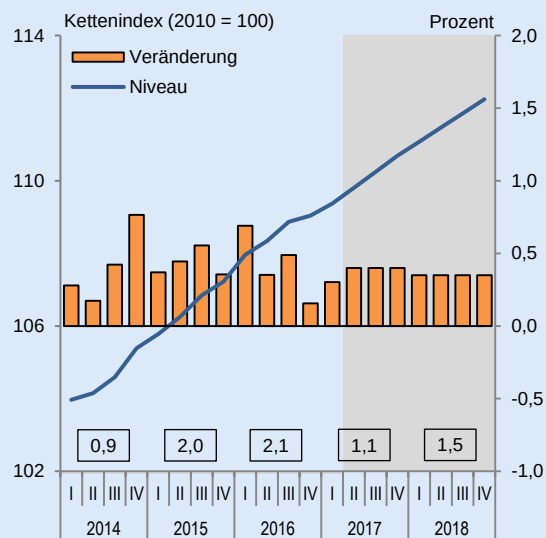
Abbildung 4.1:
Letzte Inländische Verwendung 2014–2018



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

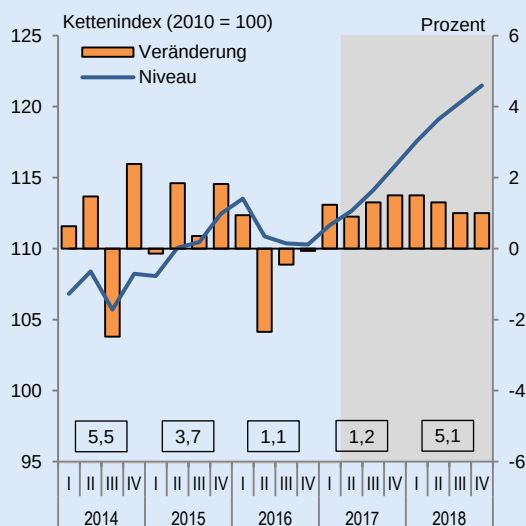
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben 2014–2018



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

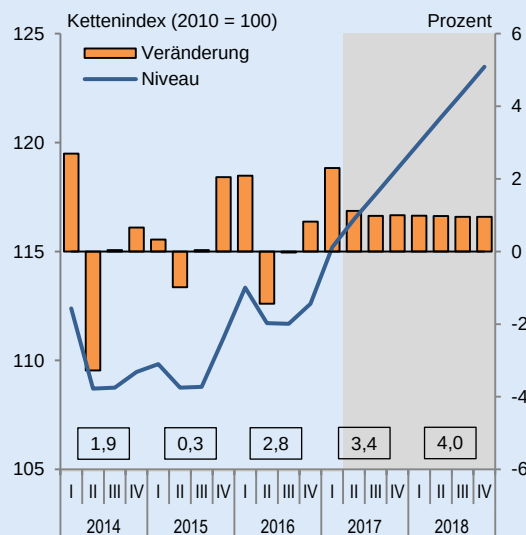
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen 2014–2018



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

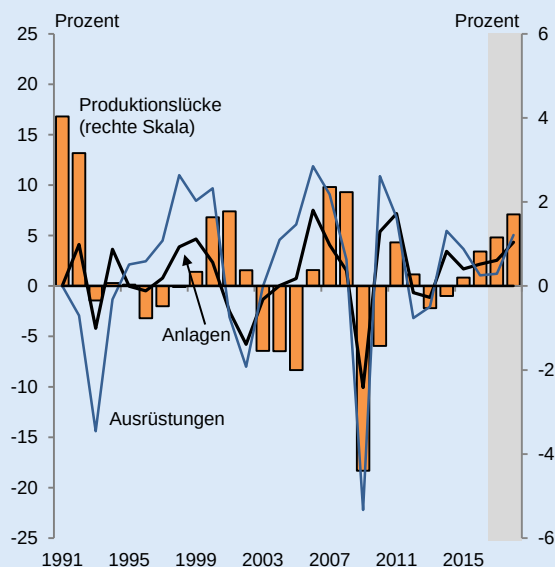
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen 2014–2018



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

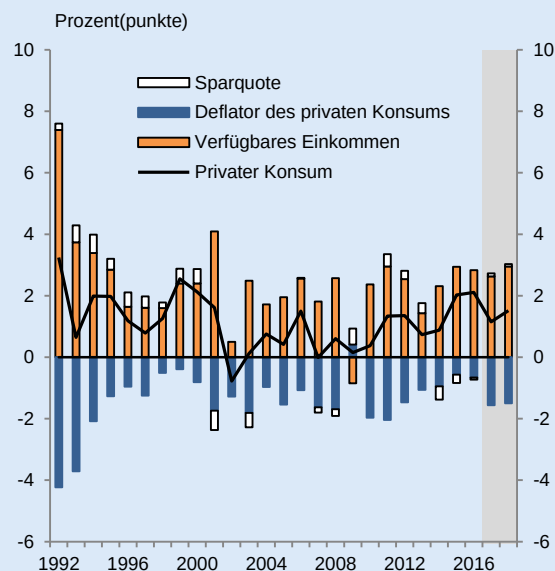
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen 1991–2018



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr; Produktionslücke: in Prozent des Produktionspotenzials.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

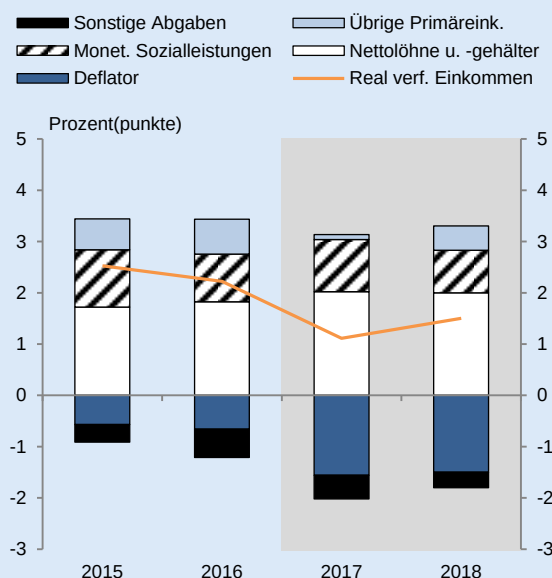
Abbildung 4.6:
Beiträge zur Veränderung des privaten Konsums 1992–2018



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens 2015–2018



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, rechte Skala); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen 2015–2018

	2015	2016	2017	2018
Anlageinvestitionen	1,7	2,2	2,6	4,2
Unternehmensinvestitionen	2,0	1,3	2,4	3,9
Ausrüstungen	3,7	1,1	1,2	5,1
Wirtschaftsbau	-1,8	0,0	4,8	2,3
Sonstige Anlagen	1,9	2,6	2,8	3,0
Wohnungsbau	1,5	4,1	2,9	5,1
Öffentlicher Bau	-0,4	2,6	2,7	2,1
Nachrichtlich:				
Bauinvestitionen	0,3	2,8	3,4	4,0

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle 5.1:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2016–2018

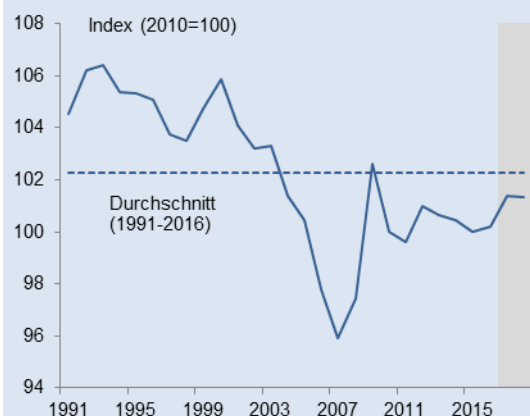
	2016	2017				2018
	IV	I	II	III	IV	I
Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent						
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung	0,3	0,5	0,6	0,6	0,5	0,5
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,2	0,4	0,7	0,5	0,5	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	-0,2	0,6	0,7	0,5	0,5	0,5
Baugewerbe	-0,6	1,8	0,9	0,9	0,8	0,8
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	1,1	0,2	0,9	0,7	0,7	0,7
Information und Kommunikation	0,1	0,6	1,3	1,3	1,2	1,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,2	0,9	0,1	0,1	0,1	0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,3	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	0,5	1,2	0,9	0,7	0,5	0,5
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,6	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3
Sonstige Dienstleister	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten 1991–2018



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität 2015–2018

	2015	2016	2017	2018
Stundenkonzept				
Tariflöhne	2,2	2,1	2,2	2,5
Effektivlöhne	2,5	2,8	3,6	3,1
Lohndrift	0,3	0,7	1,4	0,6
Lohnkosten	2,3	2,6	3,4	3,0
Arbeitsproduktivität	0,8	0,9	1,1	1,2
Lohnstückkosten	1,5	1,7	2,3	1,7
Lohnstückkosten (real)	-0,4	0,2	1,2	-0,1
Personenkonzept				
Tariflöhne	2,2	2,1	2,2	2,5
Effektivlöhne	2,7	2,5	2,6	3,0
Lohndrift	0,5	0,4	0,4	0,5
Lohnkosten	2,4	2,3	2,5	2,8
Arbeitsproduktivität	0,8	0,6	0,3	1,0
Lohnstückkosten	1,6	1,7	2,2	1,8
Lohnstückkosten (real)	-0,3	0,2	1,1	0,0

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Tarifverdienststatistik; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

7. Beschäftigung

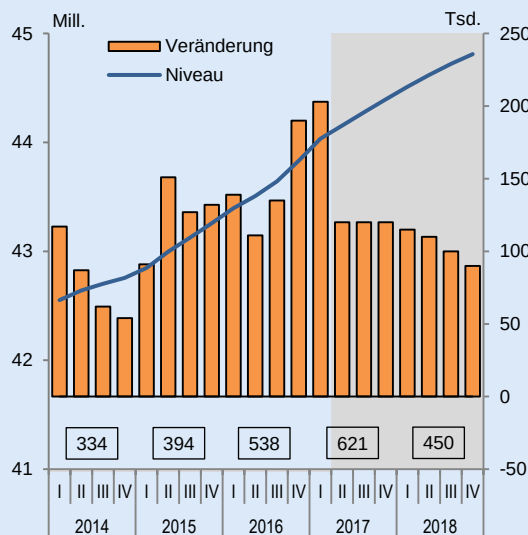
Tabelle 7.1:
Beschäftigung 2014–2018 (1 000 Personen)

	2014	2015	2016	2017	2018
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	58 343	58 895	59 444	59 806	60 297
Erwerbstätige (Inland)	42 663	43 057	43 594	44 215	44 665
Selbständige	4 402	4 336	4 305	4 285	4 285
Arbeitnehmer (Inland)	38 261	38 721	39 289	39 930	40 380
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30 219	30 853	31 511	32 131	32 641
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	5 028	4 849	4 804	4 769	4 762
Pendlersaldo	61	78	82	82	82
Erwerbstätige (Inländer)	42 602	42 979	43 512	44 133	44 583
Arbeitnehmer (Inländer)	38 200	38 644	39 207	39 848	40 298
Registrierte Arbeitslose	2 896	2 793	2 689	2 529	2 424
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,7	6,4	6,1	5,7	5,4
Erwerbslosenquote (Prozent)	4,7	4,3	3,9	3,6	3,3

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

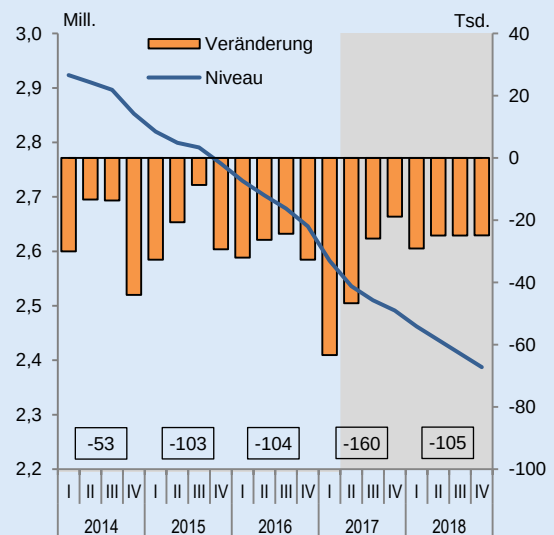
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige 2014–2018



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 7.2:
Arbeitslose 2014–2018



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW

8. Öffentliche Finanzen

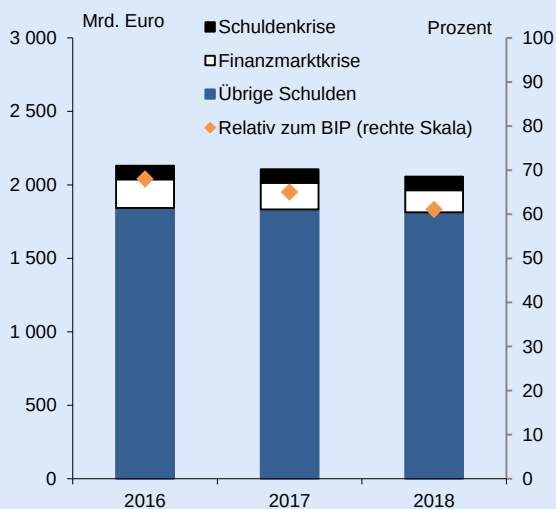
Tabelle 8.1:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2014–2018 (Mrd. Euro)

	2014	2015	2016	2017	2018
Einnahmen	1 306,8	1 354,8	1 414,7	1 463,0	1 515,6
➤ relativ zum BIP	44,7	44,7	45,1	45,4	45,2
Steuern	668,6	700,0	731,8	759,5	788,1
➤ relativ zum BIP	22,9	23,1	23,3	23,6	23,5
Sozialbeiträge	482,0	500,8	523,3	546,3	567,1
➤ relativ zum BIP	16,5	16,5	16,7	17,0	16,9
Sonstige Einnahmen	156,1	154,0	159,7	157,2	160,4
➤ relativ zum BIP	5,3	5,1	5,1	4,9	4,8
Ausgaben	1 298,2	1 333,9	1 388,4	1 430,2	1 479,0
➤ relativ zum BIP	44,4	44,0	44,3	44,4	44,1
Arbeitnehmerentgelt	224,1	228,6	236,7	243,3	250,3
Vorleistungen	134,3	139,5	150,1	153,4	157,2
Soziale Sachleistungen	240,0	252,4	268,0	280,7	292,2
Bruttoinvestitionen	60,9	64,3	66,3	70,4	74,0
Geleistete Vermögenseinkommen	52,0	47,3	43,2	41,0	39,4
Monetäre Sozialleistungen	452,5	471,0	487,3	505,0	519,3
Subventionen	26,0	27,5	27,0	26,9	27,1
Sonstige laufende Übertragungen	72,3	75,2	75,5	74,4	86,4
Vermögensübertragungen	37,2	29,7	35,4	40,2	34,7
Sonstige Ausgaben	-1,4	-1,8	-1,3	-5,2	-1,9
Finanzierungssaldo	8,6	20,9	26,3	32,7	36,7
➤ relativ zum BIP	0,3	0,7	0,8	1,0	1,1
Einnahmen der Gebietskörperschaften	852,1	881,0	919,4	945,4	978,0
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	851,0	880,0	918,3	944,3	977,0
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Ausgaben der Gebietskörperschaften	846,5	862,2	901,1	924,1	955,6
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	744,7	758,0	790,8	807,3	835,5
Transfers an die Sozialversicherung	101,8	104,2	110,3	116,9	120,1
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	5,5	18,8	18,3	21,3	22,4
Einnahmen der Sozialversicherung	557,6	579,1	606,7	635,5	658,8
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	455,8	474,9	496,4	518,6	538,7
Ausgaben der Sozialversicherung	554,6	577,0	598,7	624,1	644,6
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	553,5	575,9	597,6	623,0	643,5
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	3,0	2,1	8,0	11,4	14,2

Abweichungen der Summen rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des Ifw.

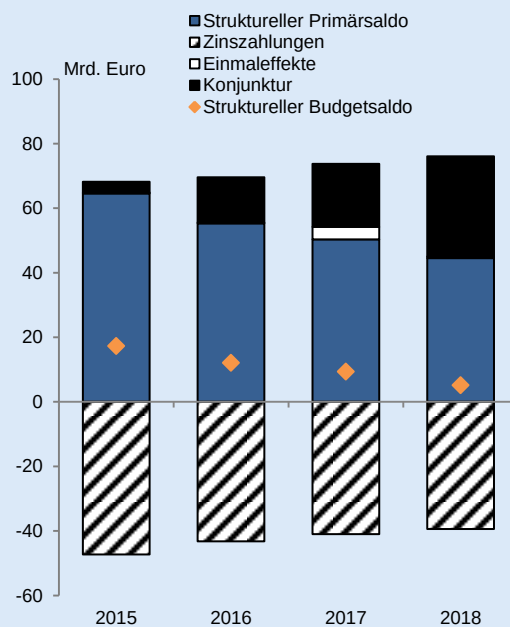
Abbildung 8.1:
Bruttoschuldenstand 2016–2018



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankenrettung entstehen: FMS-Wertmanagement, SoFFin, EAA, IKB etc.

Quelle: Bundesbank, *Monatsbericht*; BMF, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen und Prognose des IfW.

Abbildung 8.2:
Struktureller Budgetsaldo 2015–2018



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; eigene Berechnungen und Prognose des IfW.

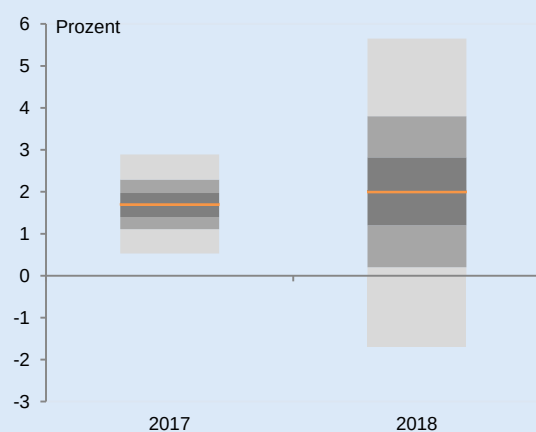
9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2016–2018

	2016				2017				2018			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,5	0,2	0,4	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Private Konsumausgaben	0,7	0,4	0,5	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Konsumausgaben des Staates	1,6	0,7	0,1	0,3	0,4	0,8	0,7	0,3	0,5	0,4	0,4	0,3
Ausrüstungsinvestitionen	0,9	-2,3	-0,5	-0,1	1,2	0,9	1,3	1,5	1,5	1,3	1,0	1,0
Bauinvestitionen	2,1	-1,4	0,0	0,8	2,3	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Sonstige Anlagen	0,9	0,7	0,6	0,3	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,6	0,6
Vorratsveränderungen	-0,4	0,0	0,3	0,4	-0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,6	0,0	0,6	0,7	0,2	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausfuhr	1,6	1,1	-0,3	1,7	1,3	1,5	1,0	1,1	1,3	1,2	1,3	1,3
Einfuhr	1,5	0,2	0,6	2,5	0,4	1,8	1,3	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3
Außenbeitrag	0,1	0,4	-0,4	-0,2	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Erwerbstätige, Inland	43 396	43 507	43 642	43 832	44 035	44 155	44 275	44 395	44 510	44 620	44 720	44 810
Arbeitslose	2 729	2 703	2 679	2 646	2 583	2 536	2 510	2 491	2 462	2 437	2 412	2 387

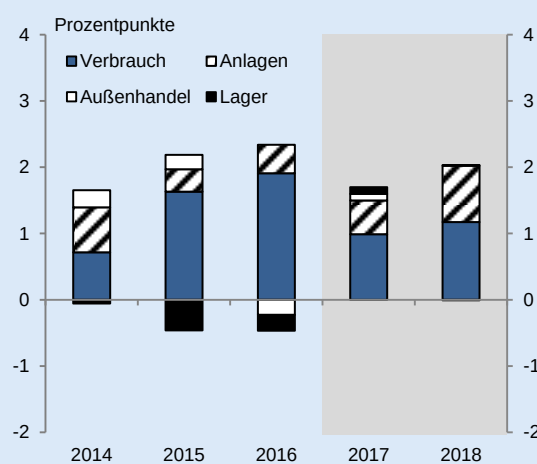
Preis-, kalender- und saisonbereinigt Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2017 und 2018


Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangefarbene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im zweiten Quartal der Jahre 1994–2016).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 9.2:
Verwendungsseitige Expansionsbeiträge 2014–2018


Jahresdaten, preisbereinigt (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2015–2018

	2016	2015	2016	2017	2018
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,7	1,9	1,7	2,0
Private Konsumausgaben		2,0	2,1	1,1	1,5
Konsumausgaben des Staates		2,8	4,0	1,9	1,8
Anlageinvestitionen		1,7	2,2	2,6	4,2
Ausrüstungsinvestitionen		3,7	1,1	1,2	5,1
Bauinvestitionen		0,3	2,8	3,4	4,0
Sonstige Anlagen		1,9	2,6	2,8	3,0
Vorratsveränderung		-0,5	-0,2	0,1	0,0
Inländische Verwendung		1,6	2,3	1,7	2,2
Ausfuhr		5,2	2,7	4,0	4,8
Einfuhr		5,5	3,8	4,6	5,6
Außenbeitrag		0,2	-0,2	0,1	0,0
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3 134,1	3,7	3,3	2,8	3,9
Private Konsumausgaben	1 681,5	2,6	2,8	2,7	3,0
Konsumausgaben des Staates	615,3	4,0	5,4	3,7	3,4
Anlageinvestitionen	626,1	3,2	3,7	4,6	6,6
Ausrüstungsinvestitionen	204,4	4,6	2,1	2,0	6,4
Bauinvestitionen	308,7	2,2	4,7	6,4	7,4
Sonstige Anlagen	112,9	3,5	3,9	4,3	5,1
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-20,2	-27,6	-26,6	-27,4
Inländische Verwendung	2 895,3	2,6	3,3	3,4	3,9
Ausfuhr	1 442,2	6,3	1,7	5,9	5,5
Einfuhr	1 203,5	3,9	1,2	7,9	5,8
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		229,5	238,8	228,0	236,6
Bruttonationaleinkommen	3 198,7	3,7	3,2	2,7	3,8
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		2,0	1,4	1,1	1,8
Private Konsumausgaben		0,6	0,7	1,6	1,5
Konsumausgaben des Staates		1,3	1,3	1,8	1,5
Ausrüstungsinvestitionen		0,9	1,0	0,8	1,2
Bauinvestitionen		1,9	1,8	3,0	3,3
Sonstige Anlagen		1,6	1,3	1,5	2,0
Ausfuhr		1,1	-1,0	1,8	0,7
Einfuhr		-1,4	-2,5	3,2	0,2
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		0,2	0,5	1,7	1,7
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2 339,2	3,8	3,4	2,5	4,1
Arbeitnehmerentgelt	1 598,4	3,7	3,8	4,2	4,0
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		68,0	68,3	69,5	69,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	740,8	4,2	2,4	-1,1	4,4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 813,9	3,1	2,9	2,7	3,0
Sparquote (Prozent)		9,7	9,7	9,6	9,5
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1 311,0	3,9	4,0	4,3	4,2
Effektivlohn, Stundenbasis		2,5	2,8	3,6	3,1
Lohnstückkosten, Stundenbasis		1,5	1,7	2,3	1,7
Produktivität, Stundenbasis		0,8	0,9	1,1	1,2
Arbeitslose (1 000)		2 793	2 689	2 529	2 424
Arbeitslosenquote (Prozent)		6,4	6,1	5,7	5,4
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		43 057	43 594	44 215	44 665
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		20,9	26,4	32,7	36,7
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		0,7	0,8	1,0	1,1
Öffentliche Schulden (Prozent)		71,2	68,3	65,5	61,9

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des Ifw.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2018

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	1,2	1,4	1,0	1,5	1,4	1,1	1,0
Arbeitsvolumen	0,9	0,6	0,8	1,1	0,1	0,7	0,9
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,3	- 0,8	- 0,2	- 0,3	- 1,2	- 0,4	0,0
Produktivität ¹	0,9	1,1	1,2	0,5	1,6	1,3	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,9	1,7	2,0	1,7	1,7	1,9	2,1

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 296,8	2 365,4	2 439,4	1 154,1	1 211,3	1 189,0	1 250,4
Private Haushalte ²	1 681,5	1 727,4	1 779,9	843,8	883,6	868,2	911,8
Staat	615,3	638,0	659,5	310,3	327,7	320,8	338,7
Anlageinvestitionen	626,1	654,8	698,3	314,7	340,1	335,5	362,8
Ausrüstungen	204,4	208,4	221,8	99,3	109,1	105,5	116,3
Bauten	308,7	328,6	352,8	158,1	170,4	169,7	183,1
Sonstige Anlageinvestitionen	112,9	117,8	123,7	57,3	60,5	60,3	63,5
Vorratsveränderung ³	- 27,6	- 26,6	- 27,4	- 4,5	- 22,1	- 4,3	- 23,1
Inländische Verwendung	2 895,3	2 993,6	3 110,4	1 464,4	1 529,2	1 520,2	1 590,2
Außenbeitrag	238,8	228,0	236,6	120,0	108,0	124,3	112,3
Exporte	1 442,2	1 526,9	1 610,3	755,6	771,3	794,6	815,7
Importe	1 203,5	1 298,9	1 373,7	635,6	663,4	670,3	703,4
Bruttoinlandsprodukt	3 134,1	3 221,5	3 347,0	1 584,4	1 637,1	1 644,5	1 702,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,5	3,0	3,1	3,0	3,0	3,0	3,2
Private Haushalte ²	2,8	2,7	3,0	2,8	2,7	2,9	3,2
Staat	5,4	3,7	3,4	3,5	3,9	3,4	3,4
Anlageinvestitionen	3,7	4,6	6,6	3,6	5,5	6,6	6,7
Ausrüstungen	2,1	2,0	6,4	0,6	3,2	6,2	6,6
Bauten	4,7	6,4	7,4	5,5	7,3	7,3	7,4
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	4,3	5,1	3,9	4,7	5,2	4,9
Inländische Verwendung	3,3	3,4	3,9	3,4	3,4	3,8	4,0
Exporte	1,7	5,9	5,5	6,0	5,8	5,2	5,8
Importe	1,2	7,9	5,8	8,7	7,2	5,5	6,0
Bruttoinlandsprodukt	3,3	2,8	3,9	2,6	3,0	3,8	4,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 123,8	2 152,5	2 186,8	1 056,6	1 095,9	1 074,0	1 112,9
Private Haushalte ²	1 572,5	1 590,6	1 614,7	779,2	811,4	790,7	824,0
Staat	550,9	561,3	571,5	277,1	284,3	282,8	288,7
Anlageinvestitionen	567,2	581,6	606,0	280,4	301,2	292,2	313,8
Ausrüstungen	196,8	199,2	209,4	94,6	104,6	99,3	110,1
Bauten	267,6	276,6	287,6	134,1	142,5	139,5	148,2
Sonstige Anlageinvestitionen	103,0	105,8	109,0	51,7	54,2	53,3	55,7
Inländische Verwendung	2 655,6	2 701,6	2 760,2	1 333,1	1 368,4	1 362,0	1 398,2
Exporte	1 389,1	1 445,2	1 514,3	716,3	728,9	748,7	765,6
Importe	1 200,6	1 255,7	1 325,9	614,1	641,6	648,3	677,7
Bruttoinlandsprodukt	2 843,4	2 891,7	2 950,2	1 434,9	1 456,7	1 462,8	1 487,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,6	1,4	1,6	1,3	1,4	1,6	1,6
Private Haushalte ²	2,1	1,1	1,5	1,1	1,2	1,5	1,6
Staat	4,0	1,9	1,8	1,6	2,2	2,1	1,6
Anlageinvestitionen	2,2	2,6	4,2	1,8	3,3	4,2	4,2
Ausrüstungen	1,1	1,2	5,1	- 0,1	2,4	5,0	5,3
Bauten	2,8	3,4	4,0	2,7	4,0	4,0	4,0
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	2,8	3,0	2,6	3,0	3,2	2,8
Inländische Verwendung	2,3	1,7	2,2	1,7	1,7	2,2	2,2
Exporte	2,7	4,0	4,8	4,1	4,0	4,5	5,0
Importe	3,8	4,6	5,6	4,7	4,5	5,6	5,6
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,7	2,0	1,7	1,7	1,9	2,1

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2018

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,7	1,6	1,5	1,6	1,5	1,4	1,6
Konsumausgaben des Staates	1,3	1,8	1,5	1,9	1,6	1,3	1,8
Anlageinvestitionen	1,5	2,0	2,4	1,8	2,1	2,3	2,4
Ausrüstungen	1,0	0,8	1,2	0,8	0,8	1,2	1,2
Bauten	1,8	3,0	3,3	2,7	3,2	3,2	3,3
Exporte	- 1,0	1,8	0,7	1,8	1,7	0,6	0,7
Importe	- 2,5	3,2	0,2	3,8	2,6	- 0,1	0,4
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,1	1,8	0,9	1,2	1,8	1,8

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 188,0	2 256,4	2 331,7	1 111,4	1 145,0	1 147,5	1 184,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	287,3	297,6	307,2	144,2	153,4	148,8	158,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 311,0	1 367,4	1 424,2	652,9	714,4	679,7	744,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	589,6	591,4	600,2	314,2	277,2	318,9	281,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	458,7	459,2	491,7	212,5	246,7	227,6	264,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 646,7	2 715,6	2 823,3	1 323,8	1 391,7	1 375,1	1 448,3
Abschreibungen	552,0	569,4	587,6	283,1	286,3	292,2	295,4
Bruttonationaleinkommen	3 198,7	3 285,0	3 410,9	1 606,9	1 678,0	1 667,2	1 743,7
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 339,2	2 397,4	2 495,9	1 165,3	1 232,1	1 212,0	1 283,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	740,8	732,4	764,5	368,1	364,3	383,4	381,1
Arbeitnehmerentgelt	1 598,4	1 665,0	1 731,4	797,2	867,8	828,6	902,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,3	3,1	3,3	3,2	3,1	3,2	3,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,9	3,6	3,2	3,8	3,4	3,2	3,3
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	4,3	4,2	4,5	4,1	4,1	4,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,5	2,6	3,0	2,7	2,5	2,9	3,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,1	0,3	1,5	0,3	0,2	1,5	1,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	2,9	0,1	7,1	- 1,9	1,9	7,1	7,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,3	2,6	4,0	2,3	2,9	3,9	4,1
Abschreibungen	3,0	3,1	3,2	3,2	3,1	3,2	3,2
Bruttonationaleinkommen	3,2	2,7	3,8	2,5	2,9	3,8	3,9
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,4	2,5	4,1	2,1	2,9	4,0	4,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	2,4	- 1,1	4,4	- 2,5	0,3	4,2	4,6
Arbeitnehmerentgelt	3,8	4,2	4,0	4,4	4,0	3,9	4,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 296,3	1 347,7	1 397,7	649,4	698,3	672,6	725,1
Nettolöhne und -gehälter	868,7	905,4	942,6	428,2	477,2	445,5	497,1
Monetäre Sozialleistungen	542,4	560,8	576,3	280,4	280,5	287,6	288,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	114,8	118,5	121,2	59,2	59,3	60,5	60,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	589,6	591,4	600,2	314,2	277,2	318,9	281,3
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 72,0	- 76,7	- 79,6	- 38,8	- 37,8	- 40,4	- 39,3
Verfügbares Einkommen	1 813,9	1 862,4	1 918,3	924,7	937,7	951,2	967,2
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	48,5	48,9	49,3	24,2	24,7	24,4	24,9
Konsumausgaben	1 681,5	1 727,4	1 779,9	843,8	883,6	868,2	911,8
Sparen	180,9	183,9	187,7	105,1	78,8	107,4	80,3
Sparquote (%) ⁶	9,7	9,6	9,5	11,1	8,2	11,0	8,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,5	4,0	3,7	4,3	3,6	3,6	3,8
Nettolöhne und -gehälter	3,8	4,2	4,1	4,5	4,0	4,0	4,2
Monetäre Sozialleistungen	3,1	3,4	2,8	4,0	2,8	2,6	3,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,9	3,3	2,2	4,3	2,3	2,0	2,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,1	0,3	1,5	0,3	0,2	1,5	1,5
Verfügbares Einkommen	2,9	2,7	3,0	2,7	2,6	2,9	3,1
Konsumausgaben	2,8	2,7	3,0	2,8	2,7	2,9	3,2
Sparen	3,2	1,7	2,1	1,8	1,5	2,2	1,9

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2018

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd.EUR

Einnahmen							
Steuern	731,8	759,5	788,1	381,1	378,4	395,3	392,8
Sozialbeiträge	523,3	546,3	567,1	265,1	281,3	274,9	292,2
Vermögenseinkommen	19,3	18,4	19,1	9,4	9,1	10,2	8,9
Sonstige Transfers	20,3	21,0	21,3	9,9	11,1	9,9	11,4
Vermögenstransfers	15,4	11,2	10,5	5,6	5,6	5,2	5,3
Verkäufe	104,5	106,4	109,3	50,0	56,4	50,9	58,5
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 414,7	1 463,0	1 515,6	721,0	741,9	746,5	769,1
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	418,4	434,2	449,6	209,6	224,6	216,7	233,0
Arbeitnehmerentgelt	236,7	243,3	250,3	116,9	126,3	120,1	130,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	43,2	41,0	39,4	20,5	20,5	19,7	19,7
Subventionen	27,0	26,9	27,1	13,1	13,8	13,2	13,9
Monetäre Sozialleistungen	487,3	505,0	519,3	252,6	252,3	259,3	260,0
Sonstige laufende Transfers	75,5	74,4	86,4	39,4	35,0	45,4	41,0
Vermögenstransfers	35,4	40,2	34,7	14,0	26,2	15,1	19,6
Bruttoinvestitionen	66,3	70,4	74,0	30,2	40,1	31,8	42,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,3	- 5,2	- 1,9	- 4,4	- 0,8	- 1,1	- 0,8
Insgesamt	1 388,4	1 430,2	1 479,0	692,1	738,1	720,2	758,8
Finanzierungssaldo	26,3	32,7	36,7	28,9	3,8	26,4	10,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,5	3,8	3,8	4,5	3,1	3,7	3,8
Sozialbeiträge	4,5	4,4	3,8	4,6	4,2	3,7	3,9
Vermögenseinkommen	- 11,6	- 4,6	3,8	- 6,7	- 2,3	9,1	- 1,7
Sonstige Transfers	4,2	3,4	1,3	4,4	2,5	0,0	2,5
Vermögenstransfers	26,2	- 27,1	- 5,8	- 25,9	- 28,3	- 6,6	- 4,9
Verkäufe	4,2	1,8	2,8	1,7	1,8	1,8	3,6
Sonstige Subventionen	- 12,4	2,0	0,0	4,6	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,4	3,4	3,6	3,9	3,0	3,5	3,7
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	6,7	3,8	3,5	3,3	4,2	3,4	3,7
Arbeitnehmerentgelt	3,5	2,8	2,9	2,9	2,6	2,7	3,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 8,6	- 5,1	- 3,9	- 3,6	- 6,6	- 3,9	- 3,9
Subventionen	- 1,7	- 0,5	0,8	- 1,7	0,7	0,8	0,8
Monetäre Sozialleistungen	3,5	3,6	2,8	4,4	2,9	2,6	3,1
Sonstige laufende Transfers	0,3	- 1,4	16,1	- 1,1	- 1,8	15,2	17,1
Vermögenstransfers	19,0	13,8	- 13,8	- 14,9	38,9	7,3	- 25,1
Bruttoinvestitionen	3,1	6,2	5,1	4,9	7,2	5,0	5,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 27,3	284,9	- 63,9	718,2	0,0	- 75,8	0,0
Insgesamt	4,1	3,0	3,4	2,1	3,9	4,0	2,8

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; eigene Berechnungen; Prognose des IfW.

12. Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. EUR)

	Gegenstand der Nachweisung	2016				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	2 822,2	1 902,4	301,7	618,2	–
2 –	Abschreibungen	552,0	317,4	68,6	166,1	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 270,2	1 585,0	233,1	452,1	– 238,8
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 595,3	1 135,4	236,7	223,2	14,1
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,1	12,7	0,2	9,2	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	25,2	23,5	0,2	1,5	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständige Einkommen ...	677,9	460,3	– 3,6	221,2	– 252,9
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 598,4	–	–	1 598,4	11,0
9 –	Geleistete Subventionen	27,0	–	27,0	–	5,6
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	334,5	–	334,5	–	6,9
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	717,9	646,9	43,2	27,8	174,8
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	780,8	365,3	19,3	396,3	111,9
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 646,7	178,7	280,0	2 188,0	– 303,4
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	387,6	83,6	–	304,0	10,1
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	397,2	–	397,2	–	0,4
16 –	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	642,2	–	–	642,2	3,7
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	643,1	119,0	523,3	0,8	2,8
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	549,2	61,1	487,3	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	542,4	–	–	542,4	7,3
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	307,5	157,4	75,5	74,6	50,1
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	267,2	142,6	20,3	104,3	90,4
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 610,1	138,1	658,0	1 813,9	– 266,8
23 –	Konsumausgaben	2 296,8	–	615,3	1 681,5	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 48,5	–	48,5	–
25 =	Sparen	313,3	89,7	42,7	180,9	– 266,8
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	52,9	8,9	35,4	8,6	4,9
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	50,1	23,7	15,4	11,0	7,8
28 –	Bruttoinvestitionen	598,5	337,8	66,3	194,4	–
29 +	Abschreibungen	552,0	317,4	68,6	166,1	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 3,3	– 2,8	– 1,3	0,9	3,3
31 =	Finanzierungssaldo	267,2	86,8	26,4	154,1	– 267,2
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 610,1	138,1	658,0	1 813,9	– 266,8
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	399,3	–	399,3	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	399,3	–	–	399,3	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 610,1	138,1	258,7	2 213,2	– 266,8
38 –	Konsum 2)	2 296,8	–	216,0	2 080,8	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 48,5	–	48,5	–
40 =	Sparen	313,3	89,7	42,7	180,9	– 266,8
1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen). Quelle: Statistisches Bundesamt, <i>Hauptaggregate der Sektoren</i> ; Prognose des IfW.						

	Gegenstand der Nachweisung	2017				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	2 899,1	1 954,2	310,3	634,6	–
2 –	Abschreibungen	569,4	326,8	70,7	171,9	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 329,8	1 627,4	239,6	462,7	– 228,0
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 661,7	1 184,1	243,3	234,4	14,5
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,0	12,4	0,2	9,5	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	24,2	22,5	0,2	1,4	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen ...	670,2	453,5	– 3,6	220,3	– 242,5
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 665,0	–	–	1 665,0	11,2
9 –	Geleistete Subventionen	26,9	–	26,9	–	5,1
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	345,1	–	345,1	–	7,1
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	708,4	640,9	41,0	26,5	173,3
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	770,5	354,6	18,4	397,5	111,1
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 715,6	167,2	292,0	2 256,4	– 291,4
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	403,9	85,7	–	318,2	10,9
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	414,4	–	414,4	–	0,5
16 –	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	666,3	–	–	666,3	3,8
17 +	Geleistete monetäre Sozialleistungen	667,0	119,9	546,3	0,8	3,1
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	567,3	61,6	505,0	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	560,8	–	–	560,8	6,9
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	311,6	161,1	74,4	76,0	50,6
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	269,6	142,8	21,0	105,8	92,6
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 678,2	121,5	694,3	1 862,4	– 254,0
23 –	Konsumausgaben	2 365,4	–	638,0	1 727,4	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 48,9	–	48,9	–
25 =	Sparen	312,8	72,6	56,3	183,9	– 254,0
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	55,6	9,4	40,2	6,0	3,5
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	51,2	28,7	11,2	11,3	7,9
28 –	Bruttoinvestitionen	628,2	355,6	70,4	202,2	–
29 +	Abschreibungen	569,4	326,8	70,7	171,9	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,3	2,0	– 5,2	0,9	2,3
31 =	Finanzierungssaldo	251,9	61,2	32,7	157,9	– 251,9
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 678,2	121,5	694,3	1 862,4	– 254,0
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	418,1	–	418,1	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	418,1	–	–	418,1	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 678,2	121,5	276,3	2 280,5	– 254,0
38 –	Konsum 3)	2 365,4	–	220,0	2 145,5	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 48,9	–	48,9	–
40 =	Sparen	312,8	72,6	56,3	183,9	– 254,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.

	Gegenstand der Nachweisung	2018				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 015,6	2 037,4	319,4	658,8	–
2 –	Abschreibungen	587,6	336,8	72,8	178,1	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 428,0	1 700,6	246,6	480,8	– 236,6
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 728,0	1 231,6	250,3	246,1	15,1
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,4	12,3	0,2	9,9	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	24,0	22,4	0,2	1,4	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen ...	701,7	479,1	– 3,6	226,2	– 251,7
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 731,4	–	–	1 731,4	11,7
9 –	Geleistete Subventionen	27,1	–	27,1	–	5,1
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	354,6	–	354,6	–	7,4
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	711,2	645,9	39,4	25,9	175,0
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	774,0	355,0	19,1	399,9	112,2
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 823,4	188,2	303,5	2 331,7	– 300,5
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	422,7	91,0	–	331,7	11,3
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	433,5	–	433,5	–	0,5
16 –	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	688,1	–	–	688,1	3,9
17 +	Geleistete monetäre Sozialleistungen	689,0	121,1	567,1	0,8	3,1
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	582,3	62,2	519,3	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	576,3	–	–	576,3	6,5
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	327,8	164,3	86,4	77,1	51,1
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	284,0	155,5	21,3	107,3	94,9
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 785,2	147,2	719,7	1 918,3	– 262,4
23 –	Konsumausgaben	2 439,4	–	659,5	1 779,9	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 49,3	–	49,3	–
25 =	Sparen	345,8	97,9	60,1	187,7	– 262,4
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	50,3	9,9	34,7	5,7	3,5
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	45,7	23,7	10,5	11,5	8,1
28 –	Bruttoinvestitionen	671,0	380,6	74,0	216,4	–
29 +	Abschreibungen	587,6	336,8	72,8	178,1	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 3,1	– 2,1	– 1,9	0,9	3,1
31 =	Finanzierungssaldo	260,9	70,0	36,7	154,3	– 260,9
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 785,2	147,2	719,7	1 918,3	– 262,4
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	435,2	–	435,2	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	435,2	–	–	435,2	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 785,2	147,2	284,5	2 353,5	– 262,4
38 –	Konsum 2)	2 439,4	–	224,3	2 215,1	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 49,3	–	49,3	–
40 =	Sparen	345,8	97,9	60,1	187,7	– 262,4

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.

Literatur

- Biggs, M., T. Mayer und A. Pick (2009). Credit and economic recovery. DNB Working Paper 218. De Nederlandsche Bank, Amsterdam.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, M. Plödt, T. Schwarzmüller, B. van Roye und J. Scheide (2014). Finanz- und Wirtschaftspolitik bei einer anhaltenden monetären Expansion. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik Nr. 5. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (12.6.2017) <https://www.ifw-kiel.de/pub/wipo/volumes/wipo_5.pdf>.
- Deutsche Bundesbank (2017). Sparverhalten im Niedrigzinsumfeld – Ergebnisse der PHF Sommerbefragung 2016. Research Brief, 12. Ausgabe, April. Frankfurt am Main.
- Fiedler, S., S. Kooths und U. Stolzenburg (2017). Extending QE: Additional risks for financial stability? In-depth analysis; Monetary Dialogue (February 2017). European Parliament, Brussels.
- Gebhardt, H., und L. Siemers (2017). Die relative Steuerbelastung mittelständischer Kapitalgesellschaften: Evidenz von handelsbilanziellen Mikrodaten. *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 66 (1): 1–35.
- Statistisches Bundesamt (2017). Anpassungen beim Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe. Via Internet (12.6.2017) <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/IndustrieVerarbeitendesGewerbe/Methoden/AnpassungProduktionBaugewerbe.pdf?__blob=publicationFile>.